

Inhaltsverzeichnis

1. Michael Hüther	
2. Institut der deutschen Wirtschaft	
3. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
4. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	
5. Wirtschaftsrat der CDU	
6. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	
7. Bundesverband der Deutschen Industrie	
8. Atlantik-Brücke	
9. Allianz	
10. Deutsche Stiftung Eigentum	
11. Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft	
12. Roman Herzog Institut	

Michael Hüther

Michael Hüther (24. April 1962 in Düsseldorf) ist Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW), einem arbeitgebernahen Wirtschaftsforschungsinstitut, welches über die Tochtergesellschaft [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) und andere ihr nahestehende neoliberale Organisationen PR-Aktivitäten für die wirtschaftspolitischen Positionen der Arbeitgeber organisiert.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen / Netzwerke	2
3 Weiterführende Informationen	3
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
5 Einzelnachweise	3

Karriere

- seit 07/2004 Direktor und Mitglied des Präsidiums des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW)
- 2001-06/2004 Bereichsleiter Volkswirtschaft und Kommunikation der [DekaBank](#), Frankfurt/Main
- seit 08/2001 Honorarprofessor an der [European Business School](#) (EBS)
- 1999-2004 Chefvolkswirt der [DekaBank](#), Frankfurt/Main
- 1995-1999 Generalsekretär des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (Leiter des wissenschaftlichen Stabes des Rates)
- 1991-1995 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stab des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#)
- 1987-1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft der Uni Gießen
- 1989 Promotion
- 1982-1987 Studium der Wirtschaftswissenschaften und Studium der mittleren und neueren Geschichte an der Uni Gießen

Quelle: ^[1]

Verbindungen / Netzwerke

- Sachverständigenkommission für den Zweiten Engagement-Bericht mit dem Schwerpunkt „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stv. Vorsitzender
- [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- Präsidium der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Ständiger Gast
- Stiftung der Deutschen Wirtschaft, Kurator
- [Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung](#), Kurator
- [Walter-Raymond-Stiftung](#) der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Beirat

- Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Kurator
- [Atlantik-Brücke](#), Mitglied des Vorstands
- [Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH](#) und [SRH Holding](#), Mitglied des Aufsichtsrats
- [Denkraum für Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats
- Verein "Deutschland - Land der Ideen", Mitglied des Präsidiums
- [Deutsche Stiftung Eigentum](#), Mitglied des Wissenschaftlicher Beirats
- [Herbert Giersch Stiftung](#), Mitglied des Beirats
- Refit Plattform der EU-Kommission, Mitglied
- TÜV Rheinland AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Quelle: ^[1] und Webseiten der genannten Organisationen (Stand: Dezember 2020)

Frühere Positionen:

- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), Kuratoriumsmitglied und Botschafter^{[2][3]}
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied^[4]
- [Roman Herzog Institut](#), Beiratsmitglied

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,1} [European Business School Michael Hüther](#), Website der ebs, abgerufen am 19.12.2020
2. ↑ [Hüther der Gerechtigkeit](#), sueddeutsche.de vom 09.06.2010, abgerufen am 18.12.2020
3. ↑ [Michael Hüther: „Freiheit heißt auch Freiheit zur Unvernunft](#), insm-oekonomenblog.de vom 23.02.2016, abgerufen am 18.12.2020
4. ↑ [Philipp Plickert: Liberaler Verein Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), FAZ vom 14. Juli 2014, Webseite abgerufen am 19. 07. 2015

Institut der deutschen Wirtschaft

Das **Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.** (IW) ist ein privates, unternehmensnahes Wirtschaftsforschungsinstitut, das Analysen und Stellungnahmen zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik erarbeitet. Trägervereine sind die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und der

Institut der deutschen Wirtschaft

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Wirtschaftsforschung
Gründungsdatum	1951
Hauptsitz	Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50459 Köln

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Die Mitglieder des Vereins sind [hier](#) abrufbar. Über die Tochtergesellschaft **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** und andere ihr nahestehende Organisationen entwickelt das IW PR-Aktivitäten für die wirtschaftspolitischen Positionen der Arbeitgeber.

Institut der deutschen Wirtschaft

Lobbybüro

Lobbybüro Avenue des Arts 19 A-D, B-1000
EU Brüssel

Webadresse www.iwkoeln.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	4
1.1 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	4
1.2 Roman Herzog Institut	4
1.3 Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT	5
2 Fallstudien und Kritik	5
2.1 Lobbyisten in Ministerien	5
3 Organisationsstruktur und Personal	5
3.1 Präsident und Direktor	5
3.2 Präsidium und Vorstand	5
3.3 Tochtergesellschaften	6
3.3.1 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Junior gGmbH	6
3.3.2 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult GmbH)	6
3.3.3 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW Medien)	6
4 Finanzen	6
5 Kurzdarstellung und Geschichte	6
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
7 Einzelnachweise	7

Lobbystrategien und Einfluss

Das Institut der deutschen Wirtschaft ist an den folgenden PR-Aktivitäten für die wirtschaftspolitischen Positionen der Arbeitgeber beteiligt:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft^[1], die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie (**Gesamtmetall**) gegründet worden ist. Sie wird von Gesamtmetall auch finanziert. Die INSM ist eine PR-Initiative, die für marktliberale Reformen wirbt. Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, dessen Vorsitzender, Stefan Wolf, Präsident von **Gesamtmetall** ist. Die Kuratoren und Botschafter sind zu einem großen Teil auch Mitglieder von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden, der CDU und FDP sowie dieser nahestehenden Organisationen.

Roman Herzog Institut

Träger des **Roman Herzog Institut** sind die **Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft** und die Arbeitgeberverbände der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie. Das Institut der deutschen Wirtschaft liefert dem Roman Herzog Institut die wissenschaftlichen Expertisen.

Mitglieder des Vorstands sind u. a.:

- Ehrenvorsitzender: Roman Herzog, Bundespräsident a.D. († 10.01.2017)
- Vorsitzender: [Randolf Rodenstock](#), Geschäftsführender Gesellschafter Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co.KG , Vizepräsident des Instituts der deutschen Wirtschaft und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)

Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT

Die vom Institut der deutschen Wirtschaft und und der [Bundesvereinigung](#) (BDA) getragene [Bundesarbeitsgemeinschaft](#) hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft zu fördern und Lehrer der verschiedenen Fachrichtungen fortzubilden. Auf Landesebene wird das Netzwerk von Dachverbänden und Bildungswerken der Arbeitgeber in Partnerschaft mit Ministerien getragen. In das Verständnis der Grundlagen des Wirtschafts- und Sozialsystems, das gefördert werden soll, fließen die Bewertungen der Arbeitgeber mit ein.

Fallstudien und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Ende 2010 entsendete das IW einen Senior Economist ins Auswärtige Amt.

[im Auswärtigen Amt](#)

Zeitraum	02.09.2010- 17.12.2010, Erstattung der Kosten des IW durch das AA ^[2]
Mitarbeiter	Senior Economist
Bearbeitete Themen	Mitarbeit im Planungsstab des AA zum Thema Wissenstransfer und Ausarbeitungen zu Außenwirtschafts- und Finanzpolitik

Organisationsstruktur und Personal

Das Institut beschäftigt rund 80 WissenschaftlerInnen.

Präsident und Direktor

Präsident: Arndt Günter Kirchhoff, Geschäftsführender Gesellschafter und CEO der KIRCHHOFF Automotive Holding GmbH & Co. KG und u.a. Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und Mitglied des Präsidiums des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)

Direktor: [Michael Hüther](#). Der Direktor des Instituts ist kraft Amtes Mitglied des [Präsidiums](#) des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)

Quelle: ^[3]

Präsidium und Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Tochtergesellschaften

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Junior gGmbH

Das Institut hat sich auf die Ansprache junger Zielgruppen spezialisiert. Dazu gehören Schülerprojekte und Informationen über die Möglichkeiten der beruflichen Selbstständigkeit.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult GmbH)

Die IW Consult GmbH ist als Beratungsdienstleister tätig, der strategische Lösungen für Unternehmen, Regionen, Verbände, Ministerien und Stiftungen entwickelt. Die Bereiche Research, Empirie und eBusiness führen Forschungs- und Auftragsprojekte durch. Zudem fungiert die IW Consult GmbH als Geschäftsstelle der eCI@ss e.V. Sie richtet ihre Angebote an Unternehmen, Verbände, Ministerien und Stiftungen. Für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) erstellt sie Reformbarometer, Rankings, Monitore und den Deutschland-Check.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW Medien)

Die IW Medien begleitet Partner und Kunden aus Wirtschaft und Verbänden bei deren öffentlichen Auftritten mit ihrer Medien- und Zielgruppenkompetenz. Weiterhin bietet sie mit eigenen Medienplattformen wie dem Informationsdienst iwd oder der Wirtschaftszeitung AKTIV Zugänge zu wichtigen Entscheidern und zu einem Millionenpublikum. Die Zeitung AKTIV soll Arbeitnehmern wirtschaftliche Zusammenhänge aus der Sicht der Arbeitgeber nahebringen. Darüber hinaus kommuniziert die IW Medien unter dem Motto „Werben für die Marktwirtschaft“ die Forschungsergebnisse des IW zu aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen gezielt an wichtige Multiplikatoren. In diesem Zusammenhang werden Lehrern für das Unterrichtsfach Wirtschaft Bücher und Broschüren angeboten, die die Wirtschaft erklären. Die IW Medien veröffentlicht zudem alle Schriften und Publikationsreihen des Instituts.

Tochtergesellschaften der IW Medien sind die Kölner Universitätsverlag GmbH (KUV) und die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), die vom Arbeitgeberverband [Gesamtmittel](#) finanziert wird.^[4]

Finanzen

Kurzdarstellung und Geschichte

Das 1951 als Deutsches Industrie-Institut (DI) gegründete IW wird von Verbänden und Unternehmen der privaten Wirtschaft finanziert. Trägervereine sind die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI). Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln versteht sich als Think-Tank und Service-Einrichtung für seine Mitglieder und Kunden über das gesamte Spektrum von Wissenschaft, Bildung, Beratung und Kommunikation. Forschungsergebnisse sollen direkt in praktische Projekte und Dienstleistungen umgesetzt werden. Im Zentrum der Tätigkeit steht das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, das die wissenschaftlichen Ergebnisse produziert, die Fakten recherchiert und die Informationen aufbereitet, mit denen das IW in der Öffentlichkeit präsent ist. Im Institut entstehen die grundsätzlichen Konzepte und Argumentationslinien, die

dann in publizistische Produkte umgesetzt und vermarktet werden. Dies ist Aufgabe der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult GmbH), die wissenschaftliche Beratungs- und Dienstleistungen erbringt, sowie der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW Medien GmbH), in der die publizistischen Aktivitäten und das PR-Angebot gebündelt sind. Als Impuls für die wissenschaftliche Forschung wird das Eintreten für freies Unternehmertum, Wettbewerb und offene Märkte angegeben.

1990 ist das Berliner Büro (Hauptstadtbüro) eröffnet worden, das als Repräsentanz in der Bundeshauptstadt dient. Das Hauptstadtbüro sichert die Verbindung des Instituts mit den Schaltstellen der Bundespolitik zusätzlich ab. Die Mitarbeiter fungieren vor Ort als Ansprechpartner für Politiker, Verbandsvertreter und Journalisten, und sie vertreten die Position des IW Köln in der wirtschaftspolitischen Debatte in Berlin. Zweimal im Jahr finden zudem die "Berliner Gespräche" statt, die sich vorrangig an Bundestagsabgeordnete sowie Mitarbeiter von Ministerien, Fraktionen, Landesvertretungen und Verbänden richten. Außerdem organisiert das IW Köln regelmäßige wirtschaftspolitische Gesprächsrunden für junge Abgeordnete, den "Wirtschaftspolitischen Club"

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Die "INSM-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH" ist eine Tochter der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH. Siehe den Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2017, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 23.05.2019
2. ↑ Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011
3. ↑ [Personen](#), iwkoeln.de, abgerufen am 04.03.2023
4. ↑ Siehe den Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2017, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 23.05.2019

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine PR- und Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetail](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

**Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
(INSM)**

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1] Für ihre im Auftrag von Gesamtmetall betriebene Lobbyarbeit erhielt die INSM im Jahr 2024 zwischen 5.650.000 und 5.700.000 Euro.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3]

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u. a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen.

Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitete bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wurde.^[4]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[5]

Die INSM hat sich unter ihrem neuen Geschäftsführer Thorsten Alsleben (CDU) nach eigenen Angaben 2023 neu aufgestellt und räumt ein, dass sie sich früher im Ton vergriffen habe und Marketingmaßnahmen nicht immer transparent gewesen seien.^[6] Kampagnen, welche einzelne Politiker individuell angreifen, gehörten der Vergangenheit an. Der „Tagesspiegel“ hat bereits Ende 2022 befürchtet, dass die INSM mit Alsleben nach rechts rücken könnte.^[7] Diese Einschätzung scheint sich zu bestätigen. So war die INSM Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[8] Ein weiterer Partner war die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#), die in ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des Staates in den USA entwickelt hat.^{[9][10]}

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Inhaltsverzeichnis

1 Eigene Außendarstellung der INSM	9
2 Entstehungsgeschichte	10
3 Ziele	10
4 Organisationsstruktur und Personal	11
4.1 Team	11
4.1.1 Geschäftsführer Thorsten Alsleben	11
4.1.2 weitere Mitglieder	12

4.2 Paten	13
4.3 Wissenschaftliche Beratung	13
5 Aktivitäten	13
5.1 Studien	13
5.2 ÖkonomenBlog	13
5.3 Veranstaltungen	13
5.4 Unterrichtsmaterialien und Bildung	14
5.5 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	14
6 Politische Kampagnen	15
6.1 2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie	15
6.2 Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024	15
6.3 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021	15
6.4 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021	16
6.5 Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021	16
6.6 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019	17
6.7 Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"	17
6.8 Kampagnen zum Thema Rente	17
6.9 Einschaltung von Agenturen	17
7 Auftritte bei Parteitagen von CDU, SPD und FPD	18
8 Internationale Verbindungen	18
8.1 Partner der Berlin Campaign Conference 2024	18
9 Kritik an der INSM	19
9.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	19
9.2 Verhältnis zu den Medien	19
9.3 Schleichwerbung	20
9.4 Einschüchterung von Journalist:innen	20
9.5 Einwirkung auf Suchmaschinen	20
9.6 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	20
10 Aufgelöste/inaktive Gremien	21
10.1 Beirat	21
10.2 Kuratorium	21
10.3 Förderverein	21
10.4 Botschafter:innen	23
11 Zitate	26
12 Weiterführende Informationen	27
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	27
14 Einzelnachweise	27

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich als „parteiübergreifende Reforminitiative“.^[11] Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur

Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in der INSM aktiven Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden, in der für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr ist.

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[12] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[13] 2007 firmierte die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wurde der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[14] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[15]

Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[16]

Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[17]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen möglichst zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“.

In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar.

Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[18]

Organisationsstruktur und Personal

Team

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

Geschäftsführer Thorsten Alsleben

Der Geschäftsführer der INSM ist seit April 2023 Thorsten Alsleben (CDU).^[19] Zuvor war Alsleben neun Jahre lang Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#). Er steht dem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der ihn dort als Geschäftsführer einsetzte, nahe.^[20] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[21] Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[22] Alsleben ist laut "Correctiv" evangelikaler Christ.^[23]

Alsleben nahm mehrfach an Veranstaltungen mit internationalen Konservativen, Autoritären, sowie christlichen Fundamentalisten teil.

Im Februar 2025 trat er als Redner auf einer Konferenz der „Alliance for Responsible Citizenship“ in London auf^[24], bei der 4.000 „Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde“ aufeinandertrafen.^[25] Weitere Teilnehmende waren unter anderem der Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson, Tory-Vorsitzende Kemi Badenoch, Peter Thiel, Vivke Ramaswamy, Reform UK-Vorsitzender Nigel Farage und Kevin Roberts, Präsident der umstrittenen [Heritage Foundation](#).^[26] Aus Deutschland nahmen unter anderem die Vorsitzende des Pro-Life-Vereins "Aktion Lebensrecht für alle" (ALfa e.V., Mitglied im [Bundesverband Lebensrecht](#)) Cornelia Kaminski und die ehemaligen AfD-Vorständinnen Frauke Petry und Joana Cotar teil.^[25] Zu den Teilnehmern gehörten auch Vertreter von großen Öl- und Gaskonzernen wie BP, Koch Industries und Valero Energy.^[27]

Anfang September 2024 trat Alsleben als Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#) auf, die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[28] Als weitere Referent:innen waren rechte US-Lobbyist:innen, Anhänger von Donald Trump und ein Vertreter der umstrittenen [Heritage Foundation](#) geladen, die mit ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des amerikanischen Staatsapparats nach einem zweiten Wahlsieg Trumps entwarf.^{[29][30]}

Im August 2024 stand Alsleben wegen eines queerphoben Reposts auf X in der Kritik, in dem es zu queeren Menschen hieß: »Vögelt mit wem ihr wollt, wenn ihr erwachsen seid, lasst Euch abschnippeln oder annähen, was ihr wollt«, aber »geht mir damit nicht auf die Nerven, lasst es Euch nicht von mir bezahlen und vor allem Finger weg von den Kindern«. ^[31] Parteiinterne Kritik kam unter anderem von der Lesben- und Schwulenunion der CDU (LSU). Der Vorsitzende der LSU sagte, Alslebens Vorgehen zeige, »dass er Hass und Hetze gegen LGBTIQ+ nicht nur toleriert, sondern auch aktiv unterstützt«. Auch von der FDP-LGBTIQ+-Gruppe LiSL wurde Alsleben kritisiert.^[31]

weitere Mitglieder

- Michael Burbach, Prokurist (lt. Eintrag im Handelsregister), zugleich Prokurist beim [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#)
- Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung und Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Bundestag.^[32] Wachs war einer der Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#).^[33]
- Lisa Wandel, Leiterin Kampagne, zuvor: Mitarbeiterin der Agentur Philipp und Keuntje, für die sie jahrelang führende Unternehmen, Bundesministerien und Verbände als Account Direktorin in den Bereichen Kommunikation, Digitales Marketing und Strategie betreut und beraten hat.^[34]
- Stephan Einenckel, Cheflobbyist, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- (ab 01.01.2025) Stefan Schöncke, Chefvolkswirt, war von 2016-2022 wirtschaftspolitischer Referent im Bundestagsbüro von Carsten Linnemann, der seit Juli 2023 Generalsekretär der CDU ist
- Philipp Despot, Senior Referent Volkswirtschaft & politische Strategie, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU^[35]

Paten

Im Rahmen der Kampagne zum „Bürokratieabbau“ sind erstmals Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und der FDP als sog. „Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten.^[36] Zu den Bundestagsabgeordneten, die sich als „Bürokratiepaten“ betätigen, gehören Abgeordnete wie [Philipp Amthor](#) (CDU/CSU), Gitta Connemann (CDU/CSU), Julia Klöckner (CDU/CSU) und [Klaus-Peter Willsch](#) (CDU/CSU) sowie Philipp Hartewig (FDP) und Rainer Semet (FDP).^[37]

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem [Institut für Demoskopie Allensbach](#)^[38] - zusammen.

Aktivitäten

Die INSM ergänzt die klassische Lobbyarbeit von [Gesamtmetall](#). Sie beschreibt ihre Tätigkeit wie folgt^[39]:

Es werden Studien in Auftrag gegeben und die Resultate als Reformimpulse in die Politik weitergegeben. Dies geschehe durch Positionspapiere, Broschüren und Executive Summaries, welche in Mailings an MdB und Ministerien versandt werden. Darüber hinaus organisiere die INSM regelmäßig Veranstaltungen, welche Impulse an MdB, Bundesregierung und Ministerien vermitteln sollen. Zudem werbe sie auch öffentlichkeitswirksam im Rahmen thematischer Kampagnen für marktwirtschaftliche Reformen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien (auch über Medienkooperationen), die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)

- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Bis 2014 betrieb die INSM das Internetportal "[Wirtschaft und Schule](#)", das Unterrichtsmaterialien für Lehrer:innen zur Verfügung stellt. Kritiker:innen bemängelten, dass die INSM "Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausüben" würde.^[40] Konzipiert wurden die Materialien vom [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW Köln\)](#), das 2014 die Trägerschaft des Portals von der INSM übernahm.^[41] Das entsprach einer großen Änderung, da die INSM selbst ein Tochterunternehmen des IW Köln ist.

Das [Portal](#) stellt Lehrer:innen fertig benutzbare Materialien für den Unterricht in allen Schulstufen zur Verfügung. Dabei werden folgende Themenbereiche abgedeckt:

- Haushalt und Geld
- Unternehmen und Markt
- Staat und Wirtschaftspolitik
- Berufsorientierung und Arbeitsrecht
- Europa und die Globalisierung

Kritische Einordnungen finden sich hier:^{[42][43][44]}

Die [iw medien](#) hat 2014 eine "Kampagne gegen Fachkräftemangel" auf den Weg gebracht und schickt seitdem "M (Metall) + E (Elektro) InfoTrucks" in Schulen und Unternehmen.^[45]

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[46] Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[47]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[48]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.^[49]

Anlässlich der Wahl 2017 veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[50] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[51]

Politische Kampagnen

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[52] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[53] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[54]

Die aktuellen Kampagnen sind [hier](#) abrufbar. Einige Kampagnen werden im Folgenden erläutert:

2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie

Alsleben ist Gründungsmitglied der [Initiative Transparente Demokratie](#), die gegen eine vermeintliche Übermacht von „NGOs“ – insbesondere Umweltverbände und Initiativen gegen Rechtsextremismus – polemisiert.^[55] Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich in der Studie [DESINFORMATION, DIFFAMIERUNG UND DEFUNDING: ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK](#) von LobbyControl.

Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024

LobbyControl berichtete am 12. Juli 2024 über die PR -Kampagne der INSM zum Bürokratieabbau.^[56] Dieser Begriff werde als Feigenblatt genutzt, um ganz bestimmte Gesetze für Konzerne zu verhindern. Das könne zu Lasten des Gemeinwohls gehen – etwa wenn der Schutz von Menschenrechten in Lieferketten nur als Bürokratie-Last dargestellt werde. Für die aktuelle Kampagne zu „Bürokratieabbau“ schalte sie regelmäßig großflächige Anzeigen in Zeitungen und auf Social Media-Plattformen.

Außerdem seien diverse „Bürokratie-Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten. Zu diesen Paten gehörten hauptsächlich Abgeordnete von CDU/CSU, z.B. Julia Klöckner oder Philipp Amthor sowie einige FDP-Abgeordnete.

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[57]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[58] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das „sachlichen Grundlagen entbehre“.^[59]

Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten, wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans Jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[60]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: Arbeitgeberverband Gesamtmetall; Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft; BDA Die Arbeitgeber; Hauptverband der Deutschen Bauindustrie; BAVC – Die Chemie Arbeitgeber; BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft; BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen; Die Familienunternehmer; BDL – Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen; Markenverband; Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie; VDM Verband Deutscher Metallhändler; VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer; VdR – Verband der deutschen Rauchtobakindustrie; VKE-Kosmetikverband; WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.; Wirtschaftsvereinigung Metalle; ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe; Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks; ZVEI Die Elektroindustrie

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen.^[61] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende "Staatsreligion" betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print als auch online) und auf „ZEIT ONLINE“.

Die von der INSM angeführten angeblichen "Verbote" wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[62] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmythen und die orientalistische Bildsprache.^[63] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[64] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des "Mundtot-Machens" zurück.^[61]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021

Im Januar 2021 startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ eine Anzeigenkampagne gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Darin warf sie dem damaligen Vizekanzler und Kanzlerkandidaten für die Wahl 2021 vor, "den Haushalt aufzublähen", "an der Schuldenbremse zu segnen", "Unternehmen im Regen" stehen zu lassen und Hilfesgelder zu versprechen, die nicht ankämen.^[66] Für die Kampagne wurden zudem ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[66]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik im Jahr 2019 richtete sich gegen die CO₂-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vor allem jenen Industrietiteln nützen würde, die sich auf fossile Energiequellen stützt. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom. Die Kampagne war ehemals [hier](#) abrufbar.

Prof. Dr. Volker Quaschnig unterzog die 12 angeblichen Fakten der INSM einem Faktencheck und zieht folgendes Fazit: "Für Laien klingen viele der Fakten schlüssig und nachvollziehbar. Dabei verfolgt die INSM mit der Publikation der INSM-Fakten in erster Linie ganz klar die Ziele ihrer Unternehmen und nicht unbedingt die des besseren Klimaschutzes."^[67]

Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen.^[68] In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[69] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[70]

Kampagnen zum Thema Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immer wieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig bleiben.

Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim [Institut für Demoskopie Allensbach](#), mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[71]

Einschaltung von Agenturen

Bei wichtigen Kampagnen werden PR-Agenturen eingeschaltet. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[72] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015

wurde die INSM von der Agentur **Serviceplan Public Opinion** betreut. Seit Januar 2015 ist **Blumberry** für Werbung und PR zuständig.^[73] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding **Commarco**. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für die INSM innerhalb von Commarco zur **Commarco Campus Communications GmbH**. Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel sei, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[74]

ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[75] Gemeinsam mit der INSM erarbeitete ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter), um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Unter dem Geschäftsführer Alsleben wurde die politische Gen Z-Agentur DIGITALIEN eingeschaltet, deren Gründer und Geschäftsführer Finn Werner ist.^[76] Dieser war zuvor als Social Media Manager für die CSU-Landesgruppe und Alexander Dobrindt (CSU) im Deutschen Bundestag tätig.^[77] Werner war - wie Alsleben - einer der Redner bei der von der rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic organisierten Berlin Campaign Konferenz, zu deren Partner die **Heritage Foundation** und die INSM gehören.^[78]

Die Kampagne zum Bürokratieabbau mit einem Bürokratiemuseum hat die INSM gemeinsam mit der Agentur **thjnk** entwickelt.^[79]

Auftritte bei Parteitag von CDU, SPD und FPD

- **SPD-Bundesparteitag 2025:** Beim Bundesparteitag der SPD im Januar 2025 parkte die INSM einen großen LKW mit der Botschaft "SOS - Die Wirtschaft ist in Gefahr" vor dem Parteitagsgelände.
- **CDU-Bundesparteitag 2024:** Im Mai 2024 war die INSM mit einem Messestand zum Thema Bürokratieabbau auf dem CDU-Bundesparteitag vertreten. Dabei gab sie an, "in zahlreichen Gesprächen mit CDU-Politikerinnen und Politikern und Delegierten für die Soziale Marktwirtschaft und konkret für Bürokratieabbau geworben" zu haben.^[80]
- **FDP-Europaparteitag 2024:** Die INSM war beim FDP-Europaparteitag mit einem Stand vor Ort und hat dazu animiert, besonders „schöne“ bürokratische Hemmnisse in ihrem Bürokratievernichter zu schreddern.^[81] Dabei sei das das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz besonders häufig vernichtet worden.

Internationale Verbindungen

Partner der Berlin Campaign Conference 2024

Die INSM war im September 2024 Partner der **Berlin Campaign Conference**, die die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[82] Weitere Partner waren u.a. die rechte Denkfabrik **Heritage Foundation** und das konservative **The Leadership Institute**, die maßgeblich an der

Ausarbeitung des Project 2025 beteiligt waren.^[83] Beim [Project 2025](#) handelte es sich um einen Plan zur autoritären Umgestaltung der US-Bundesregierung im Falle eines Sieges der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2024.^[84] Der Plan sah unter anderem die Entlassung von bis zu 50.000 Bundesbediensteten vor, von denen angenommen wurde, dass sie sich der Agenda des Präsidenten in den Weg stellen könnten.^[85] Weiterhin sollte die Unabhängigkeit des Justizministeriums eingeschränkt und der Kongress geschwächt werden.

Zu den Partnern der Berlin Campaign Conference gehört auch das [Danube Institute](#), das von der Orban-Regierung über eine Stiftung finanziert wird und deren Direktor John O'Sullivan früher bei der [Heritage Foundation](#) beschäftigt war.^[86] Gemeinsam organisieren sie den [Geopolitical Summit](#).

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[87] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“

Damit habe die INSM fälschlicherweise den Eindruck erweckt, dass die Reichensteuer auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Die sogenannte Reichensteuer, die einen Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz von 42 Prozent bezeichnet, greift jedoch erst ab einem zu versteuernden Einkommen von einer Viertel Millionen Euro.

Die Anzeige der INSM habe fälschlicherweise nahe gelegt, dass die SPD die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben wolle. Tatsächlich sollte ab diesem Schwellenwert zukünftig lediglich der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig war. Danach sahen die Pläne vor Steuersatz stetig auf bis zu 45% (ab 76.200 Euro) ansteigen zu lassen.

Laut „Spiegel Online“ hatte die INSM ihre Behauptung später relativiert. So habe es in einem Online-Text zunächst geheißen, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem die Reichensteuer anfällt, auf 60.000 Euro senken". Später schrieb die INSM, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken".^[87]

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor kritisierte 2005 ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations, das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellte in der Sendung fest, dass es der INSM gelungen sei "einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen."^[88]

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[89] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipient:innen gelangt sind. In der überwiegenden Zahl der Medienberichte hätten nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers gefehlt.

Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind die Kooperationen von Medien mit der INSM überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[90] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFSDEBATTE.^[91] INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben ist laufend bei „Welt TV“ als Gastkommentator oder Interviewpartner präsent.^[92]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[93] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[94] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[95]

Einschüchterung von Journalist:innen

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[96] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, die zeigen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[97]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[98]

Aufgelöste/inaktive Gremien

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wurde die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter anderer Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[99] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren. Seit Juli 2024 ist der Beirat auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Vorsitzender war Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#).

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums war ebenfalls Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#) (Stand: Juni 2024).^[100] Seit Juli 2024 ist das Kuratorium auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[101] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Gründungsmitglieder	
Hans Tietmeyer	Vorstand bis 2014, war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (siehe unten)
Florian Gerscher	ab 2009 Vorstand, SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des Bundesverband Briefdienste, ehem. Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit - heutige Bezeichnung Bundesagentur für Arbeit (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur WMP Eurocom entlassen)
Johanna Hey	Direktorin des Institut Finanzen und Steuern und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des Zentralen Beirats der Commerzbank, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch" ^[102]
Dieter	Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah ^[103] , Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Institut,

Gründungsmitglieder	
Lenzen	Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
Friedrich Merz	CDU-Kanzlerkandidat, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, bis 2021 Mitarbeiter der Kanzlei Mayer Brown LLP, vertrat unter anderem BASF , bis 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands Wirtschaftsrat der CDU und Gastmitglied im Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
Ulrike Nasse-Meyfarth	
Dietrich Ricker	"Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
Hergard Rohwedder	Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung Liberales Netzwerk
Max Schönn	Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
Carl-Ludwig Thiele	Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank , Kuratoriumsmitglied des Institut Finanzen und Steuern , bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.
Weitere Mitglieder:	
Michael	

Gründungsmitglieder	
Hoffmann-Becking	Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät Hengeler Mueller , Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP und Gesellschafter der FAZIT-STIFTUNG
Marieluis e Dött	umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende Bund Katholischer Unternehmer , Mitglied der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Quelle: ^[104]

Botschafter:innen

Die Botschafter:innen unterstützten die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie gaben Interviews, schrieben Gastbeiträge und traten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[105] Stattdessen wurden sie beispielsweise als "Expert:innen für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion. Im Juli 2024 waren die Botschafter auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Botschafter:innen

Roland Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des **Konberg vent für Deutschland**

Christoph Burmann Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)

Doménique Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021 Geschäftsführende Döttling & Partner Beratungsgesellschaft

ing

Florian Gerscher

Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)

Martin

Kannegiesser

Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

Otm

ar

Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

g

Oswald

Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der [Metz Die Familienunternehmer - ASU](#)

ger

Arend

Oetker

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke

Walter

Otremba

Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)

Karl-

Heinz

Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der [Paqu Denkfabrik REPUBLIK21 e.V.](#), ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

é

Bern

d

Raff

elhü

sche

n

Arnd

t

Raut

enbe

rg

Randolf

d

Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke [G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#), ist bzw. war in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem

Rod INSM-Finanzier [Gesamtmetall](#) und der INSM-Muttergesellschaft [Institut der deutschen Wirtschaft](#)(IW)
enst jeweils als Vizepräsident, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des [Wirtschaftsforums der FDP](#)
ock

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU),
Schr Stellv. Leiterin der Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#)

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der](#)
Sch [CDU](#) und ehem. Vorstandsvorsitzender der [Altana AG](#) sowie ehem. Vorsitzender der [Altana](#)
weic [Kulturstiftung](#) gGmbH und der [Herbert Quandt-Stiftung](#)
kart

Jürg

en Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB), Mitglied des
Star Kuratoriums der [Bertelsmann Stiftung](#), Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale](#)
k [Marktwirtschaft](#)

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der [Initiative D21](#), Mitglied
Stau des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut](#) (HWWI), Mitglied des
Stra Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-](#)
ubha [Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#)
ar

(Stand: Juni 2024) Quelle: ^[107]

Ehemalig

e

Kurator:

innen

und

Botschaf

ter:innen

Arnulf Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe [Fri](#)
Baring [edrich-Naumann-Stiftung](#) sowie die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) und ist
Mitglied des Kuratoriums der Stiftung [Friedrich August von Hayek-](#)
[Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)

Marie-

Luise Dött (siehe Förderverein)

Johann Staatssekretär a.D., Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Uni
Eekhoff Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), am 3. März 2013
bis Ende 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung](#) verstorben
[Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Michael

Glos	CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009 ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der Friedrich August von Hayek Stiftung , Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung , setzt sich für eine Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben großer Vermögen" entlastet ^[108]	
Paul Kirchhof	Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und Aufsichtsratsvorsitzender von ABB , 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler Helmut Kohl ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem. Mitglied des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen , des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen und des Beirats der DZ BANK AG	
Rolf Peffekoven		trat im Dezember 2004 aus der INSM aus ^[109] , beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen ^[110]
Christine Scheel	ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der CNC Communications & Network Consulting	
Lothar Späth	CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der Jenoptik , ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank Merrill Lynch , ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrenknecht AG , beriet zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen. ^[111]	am 18. März 2016 verstorben
Edmund Stoiber	ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007	verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen
Hans Tietmeyer	ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank , Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung , der Friedrich August von Hayek Stiftung , der Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM. ^[112]	am 27. Dezember 2016 verstorben

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet,

Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern [Angela Merkel](#) und [Karl-Theodor zu Guttenberg](#), damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[113]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.08.2025
3. ↑ [Trau schau wem](#), igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.Grundrentenslapstick](#), felfree.de, abgerufen am 15.08.2024
5. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
6. ↑ [Über uns](#), insm.de, abgerufen am 22.07.2024
7. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der CDU](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 15.08.2024
8. ↑ [Berlin Campain Conference](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
9. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024

10. ↑ [Die radikalen Pläne für Trumps neue Amtszeit](#), zdfheute.de vom 07.11.2024, abgerufen am 10.08.2025
11. ↑ [Über uns](#), insm.de, abgerufen am 22.07.2024
12. ↑ [insm.de Über uns](#), abgerufen am 12.07.24
13. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, [www.bundesanzeiger.de](#), abgerufen am 18.04.2017
14. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
15. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
16. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung RdNr. 44
17. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
18. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
19. ↑ [Alsleben wird neuer INSM-Geschäftsführer](#), politik-kommunikation.de, 05.12.2022, abgerufen am 24.04.2025
20. ↑ [Thorsten Alsleben im Interview: „In der CDU brauchen Sie einen Mahner für Ordnungspolitik“](#), mitbund.de, 22.03.2023, abgerufen am 24.04.2025
21. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
22. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
23. ↑ [Religiöse Rechte in Deutschland suchen Schulterschluss mit Trump](#), correctiv.org vom 28.02.2025, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ [ARC 2025 Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 24.04.2025
25. ↑ ^{25,025,1} [Wo sich Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde treffen](#), blog.campact.de, 26.02.2025, abgerufen am 24.04.2025
26. ↑ [Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 10.05.2025
27. ↑ [LEAKED: Oil Execs and Trump Allies Attend Jordan Peterson’s ARC Conference](#), desmog.com vom 16.02.2025, abgerufen am 11.05.2025
28. ↑ [Tête-à-Tête in Berlin: Lobbytreffen mit Antidemokraten aus den USA](#), lobbycontrol.de, 23.09.2024, abgerufen am 24.04.2025
29. ↑ [„Erschreckende Nähe“: CDU liebäugelt mit Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 14.08.2024, abgerufen am 15.08.2024
30. ↑ [Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps](#), deutschlandfunk.de, 17.07.2024, abgerufen am 24.04.2025
31. ↑ ^{31,031,1} [Queer-Zoff in der CDU](#), spiegel.de vom 09.08.2024, abgerufen am 24.04.2025
32. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023
33. ↑ [Speakers](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 10.08.2025
34. ↑ [Matuschka und Wandel komplettieren Neuaufstellung der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 13.02.2024, abgerufen am 22.07.2024
35. ↑ [Carl-Victor Wachs und Philipp Despot verstärken INSM](#), insm.de vom 10.07.2023, abgerufen am 22.07.2024
36. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
37. ↑ [Übersicht aller teilnehmenden MdBs](#), weniger-buerokratie.de, abgerufen am 21.07.2024
38. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
39. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 15.07.2024

40. ↑ [Ökonomische Bildung – eine neutrale Sache? Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\) Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausübt](#) Arbeitspapier 264 der Hans-Böckler-Stiftung von 2012, abgerufen am 17.09.2024
41. ↑ [Portal Wirtschaft und Schule – Ideen und Materialien für die Ökonomische Bildung](#) schulewirtschaft-schleswig-holstein.de vom 14.11.2014, abgerufen am 17.09.2024
42. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
43. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik](#), Bielefeld 2011
44. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
45. ↑ [\[1\]Infotrucks](#), abgerufen am 15.09.2024
46. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
47. ↑ [Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor](#) spiegel.de vom 16.08.2019, abgerufen am 15.09.2024
48. ↑ [\[2\] KAS. Das Kolleg](#), abgerufen 18.06.2021]
49. ↑ [Christian Stöcker: Komm, wir kaufen uns einen Kanzler](#), Der Spiegel, 13.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
50. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
51. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [\[3\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
53. ↑ [\[4\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
54. ↑ [\[5\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
55. ↑ [Thorsten Alsleben](#), linkedin.com, abgerufen am 02.10.2025
56. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
57. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
58. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
59. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
60. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
61. ↑ ^{61,061,1} [Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne](#), Der Spiegel, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
62. ↑ [INSM-Vorwürfe gegen grüne - Ungenau bis falsch](#), Tagesschau.de, 14.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
63. ↑ [Mit allen Mitteln](#), ZEIT ONLINE, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
64. ↑ [Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab](#), Deutschlandfunk, 12.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
65. ↑ ^{65,065,1} [INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ"](#), DWDL.de, 16.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
66. ↑ ^{66,066,1} [Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de, 21.02.2021, abgerufen am 24.04.2025
67. ↑ [Faktencheck der 12 Fakten zum Klimaschutz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) www.volker-quaschning.de vom 17.07.2019, abgerufen am 05.09.2024
68. ↑ [Politischer Mindestlohn beschneidet die Tarifautonomie](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021

69. ↑ [Lobbyisten im Lehrerzimmer](#), ZEIT ONLINE, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo](#), sueddeutsche.de, 07.01.2021, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran](#), heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
72. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
73. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
74. ↑ [\[6\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
75. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
76. ↑ [DIGITALIEN](#), digitalien.agency, abgerufen am 09.08.2025
77. ↑ [Werner startet mit Gen-Z-Agentur DIGITALIEN durch](#), politik-kommunikation.de vom 02.09.2024, abgerufen am 09.08.2025
78. ↑ [Program](#), web.cvent.com, abgerufen am 15.06.2025
79. ↑ [INSM gewinnt Politikaward für Bürokratie-Museum](#), presseportal.de vom 03.06.2025, abgerufen am 10.08.2025
80. ↑ [INSM CDU-Bundesparteitag](#), insm.de, abgerufen am 24.04.2025
81. ↑ [FDP-Europaparteitag](#), insm.de, abgerufen am 14.07.2024
82. ↑ [Berlin Campain Conference](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
83. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
84. ↑ [„Erschreckende“ Verbindung: CDU zeigt Interesse an Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 15.08.2024, abgerufen am 19.08.2024
85. ↑ [„Diktator“, „Ungeziefer“, „Verfolgung“ – Donald Trump schlägt in seinem Wahlkampf für eine zweite Amtszeit zunehmend autoritäre Töne an](#), deutschlandfunk.de vom 13.2.2024, abgerufen am 19.08.2024
86. ↑ [How Victor Orban Conquered the Heritage Fondation](#), newrepublic.com vom 29.08.2024, abgerufen am 15.03.2024
87. ↑ ^{87,087,1} [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
88. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
89. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
90. ↑ [\[7\]](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
91. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
92. ↑ [Suche — Thorsten Alsleben](#), welt.de, abgerufen am 13.08.2024
93. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
94. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
95. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
96. ↑ [Die Medien einschüchtern](#), Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
97. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007](#), Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011

98. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP](#) foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
99. ↑ Speth: Strategien, S. 30
100. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
101. ↑ Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812, Abdruck vom 13.02.2017
102. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
103. ↑ Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen, Der Spiegel vom 13. November 2011
104. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
105. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
106. ↑ <https://www.fwi1.uni-freiburg.de/forschungszentrum-generationenvertraege/prof-dr-bernd-raffelhueschen/>, abgerufen am 12.07.24
107. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
108. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
109. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Handelsblatt vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
110. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel](#) 4. September 2009, Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
111. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
112. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
113. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Der **Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** (SVR), die sogenannten "**Fünf Wirtschaftsweisen**", hat die Aufgabe, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung - unabhängig - zu begutachten. Er erstellt jährlich ein Gutachten, das Politik und Öffentlichkeit über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung informieren soll. Der SVR hat 5 Mitglieder, die auf Vorschlag der Bundesregierung für 5 Jahre berufen werden.^[1] Die Mitglieder des SVR dürfen nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen.^[2]

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



Hauptsitz Im Statistischen Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden

Gründung 1963

Tätigkeitsbereich Wirtschaftspolitische Beratung der Bundesregierung

Mitarbeiter
Etat

Traditionsgemäß haben bei der Besetzung je eines der Mitglieder der Gemeinschaftsausschuss der deutschen Wirtschaft (auch als Arbeitgeber bezeichnet) und die Gewerkschaften ein Mitspracherecht. Der Rat ist jahrzehntelang von Personen geprägt worden, die gleichzeitig in neoliberalen Netzwerken aktiv waren.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Webadres www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de
se

Inhaltsverzeichnis

1 Studie zum Sachverständigenrat sowie der Beiräte des Finanz- und Wirtschaftsministeriums	32
2 Compliance-Regeln	32
3 Fallstudien und Kritik	33
3.1 02/2024: Interessenkonflikt von Veronika Grimm	33
3.2 11/2017: Sachverständigenrat fordert Ende des 8-Stunden-Arbeitstages	33
3.3 11/2013: Sachverständigenrat kritisiert die mutmaßliche Verwässerung der Agenda 2010	33
4 Organisationsstruktur und Personal	33
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	35
6 Einzelnachweise	35

Studie zum Sachverständigenrat sowie der Beiräte des Finanz- und Wirtschaftsministeriums

In einer [Studie](#) der Otto Brenner Stiftung hat ein Team um den Politikwissenschaftler Dieter Plehwe die personelle Zusammensetzung und inhaltliche Ausrichtung des Sachverständigenrats wie der Beiräte des Finanz- und Wirtschaftsministerium im Zeitraum von 40 Jahren (1982 - 2022) detailliert analysiert. Vermarktlichung, Deregulierung und Sozialstaatsabbau trafen danach stets auf die Zustimmung einer großen Mehrheit der Mitglieder; kritische Stimmen waren und sind bis heute mit weniger als zehn Prozent eine klare Minderheit. Als Ursache für diese wirtschaftswissenschaftliche und -politische Perspektivenarmut machen die Autoren enge Netzwerke der Austeritätsbefürworter:innen aus.

Compliance-Regeln

LobbyControl begrüßt, dass der Sachverständigenrat sich Compliance-Regeln geben will, die dafür sorgen sollen, dass Sachverhalte, die in der Öffentlichkeit den Anschein eines Interessenkonflikts erwecken können, ratsintern offengelegt und diskutiert werden.^{[3][4]} Das Mitglied Veronika Grimm, die besonders viele Nebentätigkeiten ausübt, hat Klage vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden eingereicht, um die Compliance-Regeln für nichtig zu erklären.^[5]

Fallstudien und Kritik

02/2024: Interessenkonflikt von Veronika Grimm

LobbyControl kritisiert Veronika Grimm für einen potentiellen Interessenkonflikt, sollte sie wie geplant am Montag, 26.2.2024, für den Aufsichtsrat von [Siemens Energy](#) kandidieren.^[6] Sie sollte Abstand nehmen von ihrem Vorhaben oder auf ihre Tätigkeit im Sachverständigenrat verzichten. Auch die Vorsitzende Monika Schnitzer sowie die Ratsmitglieder Ulrike Malmendier, Achim Truger und Martin Werding sehen übereinstimmend, dass in dieser Konstellation mögliche Interessenkonflikte bestehen. Diese berührten die Arbeit des Sachverständigenrates in Kernbereichen.^[7] Der anstehende Umbau der Energieversorgung in Deutschland sei von herausragender wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Bedeutung.

11/2017: Sachverständigenrat fordert Ende des 8-Stunden-Arbeitstages

Der Sachverständigenrat hat die Politik aufgefordert, das Arbeitszeitgesetz zu lockern. „Flexiblere Arbeitszeiten sind wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen“, sagte der Vorsitzende [Christoph M. Schmidt](#) der WELT AM SONNTAG. „[...] Die Vorstellung, dass man morgens im Büro den Arbeitstag beginnt und mit dem Verlassen der Firma beendet, ist veraltet.“^[8]

11/2013: Sachverständigenrat kritisiert die mutmaßliche Verwässerung der Agenda 2010

Die fünf Wirtschaftsweisen haben ein vernichtendes Zwischenfazit der bisherigen Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD gezogen. In ihrem Jahresgutachten 2013/14 kritisieren die Ökonomen praktisch alle wichtigen Vereinbarungen, die sich zwischen den mutmaßlichen Bündnispartnern abzeichnen. Dazu zählen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Reform der Ökostromförderung, die Mietpreisbremse sowie bessere Renten für Mütter, Niedrigverdiener und langjährig Beschäftigte.^[9]

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

- | | |
|-----------------------------------|---|
| Monika Schnitzer
(Vorsitzende) | <ul style="list-style-type: none">• Professorin für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Komparative Wirtschaftsforschung, an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU)• Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz• Autorin des ÖkonomenBlogs der INSM |
| | <ul style="list-style-type: none">• Professorin für Energiesysteme und Marktdesign an der Technischen Universität Nürnberg (UTN) und Leiterin des Energy Systems und Market Design Lab• 2008-2024 Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg• Vorsitzende der Wissenschaftlichen Leitung des Energie Campus Nürnberg• Direktorin des Laboratory for Experimental Research Nuremburg• Mitglied im Wasserstoffrat der Bundesregierung |

Mitglieder

- | | |
|-------------------|---|
| | <ul style="list-style-type: none"> • Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) • Mitglied in der Expertenkommission zum Monitoringprozess "Energie der Zukunft" am BMWK |
| Veronika Grimm | <ul style="list-style-type: none"> • Mitglied im Zukunftskreis des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) • Mitglied im Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (BMJV) • Mitglied im Energy Steering Panel des European Academies' Science Advisory Council (EASAC) • Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy • Mitglied des Projektbeirats von H2 Potential • Vorstandsmitglied des Zentrums Wasserstoff Bayern (H2.B)^[10] • Mitglied des Beirats von EPICO Klimainnovation • Beiratsmitglied der E.ON Stiftung • Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung und Kuratoriumsmitglied des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft der Ludwig-Erhard-Stiftung • Preisträgerin 2024 des „Ordnungspolitische Preises“ des Verbands Die Familienunternehmer^[11] • Vorstandsmitglied der Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) |
| Ulrike Malmendier | <ul style="list-style-type: none"> • Edward J. and Mollie Arnold Professor of Finance an der University of California in Berkeley • Professor of Economics am Department of Economics und Professor of Finance an der Haas School of Business |
| Achim Truger | <ul style="list-style-type: none"> • Professor für Sozioökonomie, Schwerpunkt Staatstätigkeit und Staatsfinanzen, an der Universität Duisburg-Essen • Senior -Research Fellow am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) |
| Martin Werding | <ul style="list-style-type: none"> • Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität Bochum • Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsrat der CDU^[12] • Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) • Leitete die Kommission der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) "Zukunft der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung dauerhaft begrenzen", deren Bericht im Juli 2020 veröffentlicht worden ist • Autor des ÖkonomenBlogs der INSM |

(Stand: Februar 2024) Quelle: ^[13]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Sachverständigenrat-Webseite-Über uns](#) abgerufen am 10.02.2012
2. ↑ § 1 Abs. 3 des "Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung"
3. ↑ Pressekommentar vom 02.10.2024
4. ↑ [Veronika Grimm klagt gegen Compliance-Regeln im Sachverständigenrat](#), wiwo.de vom 02.10.2024, abgerufen am 03.10.2024
5. ↑ [Veronika Grimm klagt gegen Compliance-Regeln im Sachverständigenrat](#), wiwo.de vom 02.10.2024, abgerufen am 03.10.2024
6. ↑ [Veronika Grimms Aufsichtsratsmandat bei Siemens Energy](#), lobbycontrol.de vom 21.02.2024, abgerufen am 21.02.2024
7. ↑ [Clinch im Sachverständigenrat](#), tagesschau.de vom 21.02.2024, abgerufen am 21.02.2024
8. ↑ [Wirtschaftsweise fordern das Ende des Acht-Stunden-Tags](#) Die Welt vom 12.11.2017, abgerufen am 13.11.2017
9. ↑ [Vernichtendes Zeugnis für Union und SPD](#) Sueddeutsche.de vom 13. November 2013, abgerufen am 14.11.2013
10. ↑ [Team](#), h2.bayern, abgerufen am 17.05.2024
11. ↑ [Verleihung des Ordnungspolitischen Preises 2024](#), familienunternehmer.eu, abgerufen am 30.09.2024
12. ↑ [Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 07.07.2024
13. ↑ [Webseite Sachverständigenrat - Mitglieder](#) abgerufen am 31.02.2024

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründungsdatum	1963
Hauptsitz	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Lobbybüro	

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses) ^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war. ^[5]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Lobby

büro

EU

Weba www.wirtschaftsrat.de

дресse

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags. ^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus. ^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand. ^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht. ^[12]

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	36
2 Aktivitäten	37
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	38
4 Geschichte	38
5 Fallstudien und Kritik	39
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	39
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	39
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	41
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	41
6 Finanzen	42
7 Zitate	42
8 Organisationsstruktur und Personal	42
9 Mitglieder	49
10 Die Landesverbände	49
11 Netzwerke	50
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	50
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	50
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	51
13 Einzelnachweise	51

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband

bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrats war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen
- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt.

Quellen: [\[26\]](#)[\[27\]](#)

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch, mindestens aber Etikettenschwindel.“[\[28\]](#) Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“[\[29\]](#)

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.[\[30\]](#) Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.[\[6\]](#)

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner [Fritz Vahrenholt](#)[\[31\]](#)[\[32\]](#) als Referenten statt.[\[33\]](#) Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll

sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[44] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats **Lars P. Feld** ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so **Feld**.^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“.^[51] Ein **LobbyControl** Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat](#), [75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen."^[30]

[Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt."^[53] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> • Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> • CECONOMY AG, CEO
Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats Familienunternehmen	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> • Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)

Position	Name	Tätigkeit
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> Deutsche Bank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender Handwerks- und Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[5] ^[4]	<ul style="list-style-type: none"> ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Thomas Saueressig, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Kai Hankeln, Matthäus Niewodniczanski, Selina Stihl, Dr. Michael Strugl	

(Stand: November 2023) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 53 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Microsoft Deutschland GmbH, Vorsitzende der Geschäftsführung
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	RWE , Leiterin der EU-Repräsentanz
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: November 2023) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundeschachkommission	Vorsitz Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender Reinke
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von LEG Immobilien SE, Vorstandsvorsitzender Lackum
Beirat Familienunternehmen	Bettina Würth Adolf Würth GmbH & Co. KG, Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe
Beirat Zukunft Europa	Axel Weber Präsident der Deutschen Bundesbank a.D., Verwaltungspräsident der UBS AG Frank
Digital Health	Wartenberg Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident Marc
Energieeffizienz	Andree Vaillant GmbH, Geschäftsführer Groos
Energiepolitik	Nikolaus RWE Generation SE, COO Valerius
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Gesundheitswirtschaft	Kai Hankel Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Michael Frick Mahle GmbH, Geschäftsführer Petra
Innovationsforum	Justenhoven PwC, Sprecherin der Geschäftsführung

Bundesfachkommission

	Vorsitz	Unternehmen
Internationaler Kreis	Jürgen Geißing	MTU Aero Engines AG, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christina Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Steuern	Matthias Oberndorfer	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Woeste	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Leiter des Walter Eucken Instituts , Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D. (Wirtschaftsweiser)

(Stand: November 2023) ^[57]^[58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Energie für Mobilität	Frank Hiller	DEUTZ AG, Vorstandsvorsitzender
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, Vorstandsvorsitzender/CEO
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Gigabit-Gesellschaft	Michael Jungwirth Michael Dieckman	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Krankenhausreform	n	AMEOS Gruppe, CDO und Mitglied des Vorstandes
Mehr Privat für einen starken Staat	Erhard Weimann	Staatssekretär a.D., EGW Strategie-Beratung
Pflege	Thomas Flotow	PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Patricia Lips	MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Stephanie Renda	Bundesverband Deutsche Startups, Vorstand und stellv. Vorsitzende vom Beirat Junge Digitale Wirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

(Stand: November 2023) ^[59]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Marc Oliver Bettzüge	<ul style="list-style-type: none"> • Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor • Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung, Mitglied • Rhenag, Mitglied des Verwaltungsbeirats
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • Munich Center for the Economics of Aging, Direktor emeritus • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Alexander Eisenkopf	Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Leiter des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik
Joachim Englisch	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Leiter des Institut für Steuerrecht
Gabriel Felbermayr	<ul style="list-style-type: none"> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Direktor Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor ECONWATCH, Präsident Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " Prometheus, Mitglied des Kuratoriums Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
	<ul style="list-style-type: none"> Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor und Mitglied des Präsidiums

Mitglieder	Akademische Position
Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Jürgen Kühling	<ul style="list-style-type: none"> Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht Monopolkommission, Mitglied
Reimund Neugebauer	Fraunhofer-Gesellschaft, Präsident
Christoph M. Schmidt	<ul style="list-style-type: none"> Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident European Sounding Board on Innovation (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums BMW, Mitglied des Aufsichtsrats
Christoph Spengel	Universität Mannheim, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Jens Strüker	<ul style="list-style-type: none"> Fraunhofer Blockchain-Labor, Leiter Forschungsinstitut für Informationsmanagement, Direktor
Volker Ulrich	<ul style="list-style-type: none"> Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre III, insb. Finanzwissenschaft Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), Vorsitzender des Beirats
Ludger Wössmann	<ul style="list-style-type: none"> ifo Zentrum für Bildungsökonomik, Leiter Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Professor für Volkswirtschaftslehre

(Stand: Dezember 2023) ^[60]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[61] Bundesvorsitzende ist seit 2021 Caroline Bosbach, Tochter des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach.^[62] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten

^[63] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung AG](#)). ^[64] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979 ^[65] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft". ^[66]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Hauwei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[67]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[68] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
- ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinetttisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
- ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#),faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
- ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#),wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
- ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
- ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
- ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz er Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
- ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
- ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
- ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
- ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
- ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022

22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressemitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter. com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
41. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.

50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) [lieferkettengesetz.de](#) vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) [tageschau.de](#) vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), [finanznachrichten.de](#) vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ [54.054,1 Jahresbericht 2020, S. 13](#) [wirtschaftsrat.de](#) vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 22.11.2023
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 22.11.2023
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ [Themen des Wirtschaftsrates](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
59. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 18-20](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
60. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 20.12.2023
61. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
62. ↑ [WR-Info: Junger Wirtschaftsrat wählt Caroline Bosbach an die Bundesspitze](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 25.10.2021, abgerufen am 05.12.2023
63. ↑ [Landesverbände](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
64. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
65. ↑ [Unsere Geschichte](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
66. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
67. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
68. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), [wirtschaftsrat.nsf](#) vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. [Dankeschön!](#)



Die **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA) ist eine mächtige Interessenvertretung deutscher Unternehmen, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Arbeitgeber
Gründungsdatum <text>

**Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände (BDA)**

atum

Hauptsitz Breite Straße 29, 10178 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro <text>

EU

Webadresse www.bda-online.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	54
1.1 Verbindungen/ Netzwerke	54
1.2 Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft	54
1.3 Wettbewerb Starke Schule	54
1.4 Walter-Raymond-Stiftung	55
2 Fallstudien und Kritik	55
2.1 2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	55
2.2 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	57
3 Organisationsstruktur und Personal	57
3.1 Mitgliedsverbände	57
3.2 Hauptgeschäftsführung	58
3.3 Präsidium	59
3.4 Vorstand	60
4 Finanzen	61
5 Kurzdarstellung und Geschichte	61
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	62
7 Einzelnachweise	62

Lobbystrategien und Einfluss

Verbindungen/ Netzwerke

- Die BDA ist Mitglied von [Businesseurope](#), dem europäischen Dachverband der Arbeitgeber mit Sitz in Brüssel.

Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft

Die [Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft](#) (BUAG) ist der Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften Schulewirtschaft mit ihren Arbeitskreisen. Die BUAG wird getragen von der BDA und dem [Institut der deutschen Wirtschaft](#).

Wettbewerb Starke Schule

Mit dem Wettbewerb [Schule](#) zeichnen die [Hertie-Stiftung](#), der BDA, die [Bundesagentur für Arbeit](#) und die [Deutsche Bank Stiftung](#) alle zwei Jahre Schulen aus, die sich in herausragender Weise für ihre Schüler einsetzen.

Walter-Raymond-Stiftung

Die Stiftung pflegt den Gedankenaustausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik . Mitglieder des Beirats sind u.a.:

- [Bernd Raffelhüschen](#)^[1]
- [Michael Hüther](#)

Fallstudien und Kritik

2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Die BDA bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, ein Lieferkettengesetz auf deutscher und europäischer Ebene zu verhindern. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.^[2]

- **Deutsches Lieferkettengesetz**

Das deutsche Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ursprünglich ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[3] Die BDA versuchte u.a. die angedachte zivilrechtliche Haftung für Unternehmen zu verwässern.^[4] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[5] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[5]

Der Bericht der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum^[6] zeigt detailliert, dass die BDA „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess ausgeübt hatte. So verschaffte sich dieser Gehör in höchsten Regierungskreisen: Zum Thema des Lieferkettengesetzes fand ein Telefonat zwischen dem damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier und dem Präsidenten und dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) (16. Dezember 2020) statt, sowie ein weiteres gemeinsames Telefonat (12. Februar 2021) zwischen Altmaier und einer Delegation aus Wirtschaftsvertretern, an dem auch der BDA teilnahm. Auch zwischen der Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel und Vertretern der BDA habe es einen persönlichen Austausch zum Lieferkettengesetz gegeben: am 31. August mit dem damaligen BDA-Präsidenten **Ingo Kramer** und am 12. Januar 2021 mit seinem Nachfolger **Rainer Dulger**. Darüber hinaus soll es zudem eine Korrespondenz zwischen dem damaligen Kanzleramtsminister Helge Braun und dem Hauptgeschäftsführer der BDA, **Steffen Kampeter** zum selben Thema gegeben haben.

Der BDA-Hauptgeschäftsführer **Kampeter** war häufig an den Gesprächen mit **Merkel** und **Altmaier** beteiligt. **Kampeter** war vor seinem Wechsel zur BDA von 2009 bis 2015 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (BMF) und verfügte daher über gute Kontakte in die damalige Bundesregierung (Seitenwechsel-Link).^[6] Laut einem Follow-Up Bericht derselben zivilgesellschaftlichen Organisationen erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[2]

Darüber hinaus hatte es deutliche inhaltliche Überschneidungen zwischen den Positionen des Wirtschaftsflügels der Union und der BDA gegeben. So hatte der **Seitenwechsler** und CSU-Politiker **Hans Michelbach**, der 2001 Vize-Präsident der BDA war, am 13. März 2021 von der Bundesregierung gefordert, ein Lieferkettengesetz „ersatzlos“ zu streichen.^[7] Ein Artikel von Lobby Control (2021) über die engen Verbindungen zwischen Unternehmerverbänden und CDU/CSU findet sich [hier](#).

Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz hatte die Lobbyarbeit der BDA letztlich Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz durch das Intervenieren des Wirtschaftsministeriums für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.^[8]

Darüber hinaus versuchte die Vereinigung nach der Verkündung des Gesetzes, seine konkrete Umsetzung zu beeinflussen. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) der BDA mit dem **BDI**, dem **HDE** und dem **DIHK** forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände, aufgrund der durch den Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine gestiegenen Energiepreise, ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft. Teil dieser Forderung war, dass das Inkrafttreten des Lieferkettengesetzes aufgeschoben werden sollte.^[4] Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Führende Ökonomen widersprachen dem schon damals.^[6] Der Wirtschaftsweisse Achim Truger bemerkte, dass „eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen.“^[9]

• Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Gesetzesvorhaben versuchte die Vereinigung eine umfassende Regelung zu verhindern.

Wie das Recherchenetzwerk Correctiv^[10] berichtet, adressierte die BDA die „Erwartungen der deutschen Wirtschaft“ an ein europäisches Lieferkettengesetz in einer E-Mail vom 30. April 2021 an das Justiz-Ressort der Europäischen Kommission. In einem beigefügten Non-Paper stellte die BDA die Forderungen auf, dass ein europäisches Gesetz „*machbar*“ und „*angemessen*“ sein müsse. Die Vereinigung verwies darauf, dass „*Die Pflicht, für Menschenrechte zu sorgen, [...] in die Zuständigkeit von staatlichen Autoritäten [falle] und [...] nicht einfach an Unternehmen outgesourced werden [könne]*“.

Ebenso wie auf nationaler Ebene, lehnte die BDA auf europäischer Ebene eine zivilrechtliche Haftung und die Kontrolle von Sorgfaltspflichten, die über das erste Glied der Lieferkette – also den direkten Zulieferer – hinausgehen, ab. Die Vereinigung betonte, „*dass ein Abschneiden der globalen Lieferketten, also Ent-Globalisierung, die heimliche Agenda der Fürsprecher [des Gesetzes] ist.*“

Darüber hinaus hatte es im Vorfeld des Gesetzesvorschlages der europäischen Kommission zwei virtuelle Treffen zwischen der BDA und Vertreter:innen des zuständigen Ressorts von EU-Justizkommissar Didier Reynders, der DGJUST, gegeben.^[10] Dem Bericht „*Inside Job*“^[11] von Corporate Europe Observatory (CEO) zufolge, hatte die DGJUST zwar das Ziel verfolgt, den Einfluss von Lobbyisten auf das Gesetz zu begrenzen,

jedoch blieb dieser Widerstand laut dem Bericht nicht lange erfolgreich: Nachdem das wirtschaftsnahe Regulatory Scrutiny Board^[12] Gesetzesvorschläge der DGJUST zurückgewiesen hatte, wurde der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar Thierry Breton als Mitverantwortlicher in die Gesetzesausgestaltung geholt. Dieser sei laut dem CEO Bericht eine „zutiefst umstrittene Personalie“, die aus der Wirtschaft in die Kommission wechselte und dort eine unternehmensnahe Politik verfolge. Bei einem Treffen mit Bretons DG GROW (Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) der europäischen Kommission, hatte sich die BDA u.a. für eine Lockerung der geplanten Regularien eingesetzt: Insbesondere die Größe der miteinzubeziehenden Unternehmen, die Regeln für Unternehmensleitungen und -vorstände und die zivilrechtliche Haftung von Unternehmenschefs wurden dabei thematisiert.^[11]

Die Bemühungen der Wirtschaftslobby konnten letztendlich Teilerfolge erzielen. Nach einer Analyse der Initiative Lieferkettengesetz des Kommissionsvorschlags (Stand 2022) habe das Gesetz z.B. die zivilrechtliche Haftung beibehalten, enthielte aber dennoch „*Schwachstellen und Schlupflöcher*“, z.B. in der Art der vom Gesetz abgedeckten Geschäftsbeziehungen.^[13] Im weiteren Prozess musste das Gesetz noch Zustimmung vom europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union erhalten. Hier wandte sich die BDA in einem persönlichen Treffen an den Schattenberichterstatter Axel Voss (30/03/2022).^[14] Der CDU-Politiker war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, die auch beim deutschen Gesetz starken Widerstand signalisiert hatten.^[15]

Interne Dokumente, die dem ZDF-Medium Monitor vorliegen, zeigen, dass auch die Scholz-Regierung auf EU-Ebene für die Interessen bestimmter Arbeitgeber- und Industrieverbände eintrat. So forderte die Bundesregierung im Einklang mit den Forderungen der BDA eine „Safe Harbour“ Klausel einzuführen. Dabei geht es um Haftungserleichterungen für die Unternehmen. Durch Gutachten von externen Prüfern könnten sie so ihre Produktionsprozesse als vermeintlich einwandfrei zertifizieren lassen. Diese Praxis würde es den Opfern deutlich erschweren den Unternehmen Fehlverhalten nachzuweisen (mehr zur Kritik an Safe-Harbour Klauseln findet sich [hier](#)).^[16]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDA, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Mitgliedsverbände

Mitglieder der BDA sind die 52 Bundesfachspitzenverbände und die 14 Landesvereinigungen der Arbeitgeber.

Hauptgeschäftsführung

Steffen Kampeter (Hauptgeschäftsführer • **CDU**, bis Juni 2015 Parl. Staatssekretär im **Bundesfinanzministerium**) seit 07/2016

Peter Clever

- **Bundesagentur für Arbeit**, Sprecher der Arbeitgeberbank im Verwaltungsrat

Alexander Gunkel

- **Deutsche Rentenversicherung Bund** (DRV Bund), Vorsitzender des Bundesvorstands
- Stellv. Vorsitzender des Sozialbeirats für die Rentenversicherung

(Stand: August 2016) Quelle: ^[18]

Präsidium

Ingo Kramer	Präsident	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter J. Heinr. Kramer Holding GmbH • Institut der deutschen Wirtschaft, Vizepräsident • Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Josef Beutelmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Barmenia Versicherungen, Aufsichtsratsvorsitzender • Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Gerhard F. Braun	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter Karl Otto Braun Gruppe
Rainer Dulger	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtmetall, Präsident
Otto Kentzler	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Präsident
Arndt G. Kirchhoff	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, Präsident
Randolf Rodenstock	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Präsident • Gesamtmetall, Vizepräsident • Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Präsidiumsmitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Kuratoriumsmitglied • Wirtschaftsforum der FDP
Elke Strathmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Continental AG, Vorstandsmitglied
Margret Suckale	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • BASF SE, Vorstandsmitglied
Reinhard Göhner		<ul style="list-style-type: none"> • BDA Hauptgeschäftsführer
Rüdiger Grube		<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bahn AG, Vorstandsvorsitzender
Arend Oetker		<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG • Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Vizepräsident • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter • Atlantik-Brücke, Mitglied des International Advisory Council • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Vorsitzender des Stiftungsrats

Weitere Mitglieder:

Frank Appel (Vorstandsvorsitzender [Deutsche Post](#) AG), Thomas Bäumer, Werner M. Bahlsen, Bernhard Beck (Vorstandsmitglied [EnBW](#) AG), Hans-Dieter Bremer, Wolfgang Brinkmann, Milagros Caiña-Andree (Vorstandsmitglied [BMW](#) AG), Jürgen Deilmann, Martin Empl, Brigitte Faust, Bodo Finger, Heide Franken (Geschäftsführerin [Randstad](#)), Alfred Gaffal, Wolfgang Goebel, Helmut Heinen, Klaus Helmrich (Vorstandsmitglied [Siemens](#) AG), Fritz-Heinz Himmelreich, Hartmut Koch, Helmut F. Koch, Walter Koch, Gregor Lehnert, Stephan Leithner (Vorstandsmitglied [Deutsche Bank](#) AG), Horst-Werner Maier-Hunke, Wilhelm von Moers, Wilfried Porth (Vorstandsmitglied [Daimler](#) AG) Josef Sanktjohanser (Präsident [Handelsverband Deutschland - HDE](#)), Marion Schick (Vorstandsmitglied [Deutsche Telekom](#) AG), Andreas Schmiege (Vizepräsident [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#), HDB), Heinrich Spies, Bernd Tönjes (Vorstandsvorsitzender [RAG](#) AG), Bettina Volkens, Uli Wachholtz, Dieter Weidemann, Stefan Wolf

Klaus Murmann Ehrenpräsident
• ehem. Vorstandsvorsitzender [Sauer-Danfoss](#) Inc.

Dieter Hundt Ehrenpräsident
• Aufsichtsratsvorsitzender [Allgaier Werke](#) GmbH
• [BusinessEurope](#), Vizepräsident
• [Landesbank Baden-Württemberg](#), Mitglied des Aufsichtsrats

(Stand: November 2013) Quelle: ^[19]

- Es existiert ein "gemeinsames Präsidium" von BDA und [BDI](#). Durch gemeinsames Auftreten national und auf EU-Ebene wollen sie "die Schlagkraft" ihrer Interessenvertretung stärken. ^[20]

Vorstand

Der Vorstand der BDA besteht aus 79 Personen. Er überschneidet sich teilweise mit den Mitgliedern des Präsidiums.

Auswahl an Mitgliedern

Thomas Bauer • [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#), Präsident

Marie-Luise Dött • [CDU](#), Mitglied des Bundestages
• [Bund Katholischer Unternehmer](#) (BKU), Vorsitzende
• [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), Mitglied des Fördervereins und ehemalige Botschafterin

Rainer Dulger • [Gesamtmetall](#), Präsident

Ernst Fischer • [Deutscher Hotel- und Gaststättenverband](#) (DEHOGA), Präsident

Alfred Gaffal • [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw), Präsident

Rüdiger Grube	<ul style="list-style-type: none">• Deutsche Bahn AG, Vorstandsvorsitzender
Otto Kentzler	<ul style="list-style-type: none">• Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Präsident
Arndt G. Kirchhoff	<ul style="list-style-type: none">• Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Präsident
Ingo Kramer	<ul style="list-style-type: none">• BDA Präsident
Peter Kurth	<ul style="list-style-type: none">• Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE), Präsident
Kurt J. Lauk	<ul style="list-style-type: none">• Wirtschaftsrat der CDU, Präsident
Arend Oetker	<ul style="list-style-type: none">• Geschäftsführender Gesellschafter Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG
Walther Otremba	<ul style="list-style-type: none">• Bundesverband Briefdienste, Vorsitzender• ehem. Beamteter Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter
Randolf Rodenstock	<ul style="list-style-type: none">• Geschäftsführender Gesellschafter Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG

(Stand: November 2013) Quelle: ^[21]

Finanzen

Laut den eigenen Angaben, die im Transparenzregister der EU stehen, gab der BDA im Jahr 2015 1.5 - 1.75 Millionen Euro für die Lobbyarbeit auf EU-Ebene aus. Fünf Mitarbeiter hatten einen Zugang zum Europäischen Parlament.^[22]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die BDA bezeichnet sich als die sozialpolitische Spitzenorganisation der gesamten deutschen Privatwirtschaft, die die Interessen kleiner, mittelständischer und großer Unternehmen aus allen Branchen in allen Fragen der Sozial- und Tarifpolitik, des Arbeitsrechts, der Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik sowie der Bildung vertritt.^[23] Der Verband beruft sich auf eine Reihe von Vorläuferorganisationen, die älteste wurde bereits 1869 gegründet.^[24] Über ihre Mitgliedsverbände und die über sie organisierten Betriebe setzt sie sich für die unternehmerischen Interessen im politischen Willensbildungsprozess ein - gegenüber Legislative und Exekutive, gegenüber Gewerkschaften, gesellschaftlichen Gruppen und in der Öffentlichkeit.

Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit dem [Bundesverbandes der Industrie \(BDI\)](#) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[25] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, aus dem das "Manager Magazin" Auszüge zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[26]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- [↑] [Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Econ Referenten Agentur](#), Website econ-referenten, abgerufen am 27. Oktober 2012
- [↑] ^{2,02,1} [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
- [↑] [BMZ](#), Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, bmz.de, abgerufen am 22.09.20.
- [↑] ^{4,04,1} [Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
- [↑] ^{5,05,1} [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
- [↑] ^{6,06,16,2} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
- [↑] [CSU-Finanzexperte - "Nadelstiche" gegen Firmen wegen Corona beenden](#) reuters.com vom 13.03.2020, abgerufen am 23.11.2022
- [↑] [Pressestatement vom 11.06.2021](#) lieferkettengesetz.de, abgerufen am 23.11.2022
- [↑] [Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“](#) taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
- [↑] ^{10,010,1} [Lieferketten: Unternehmen wollen nicht für Ausbeutung haften](#) correctiv.org vom 22.02.2022
- [↑] ^{11,011,1} [Inside Job: Wie die Wirtschaftslobby die internen Verfahren der Kommission ausnutzt, um sich ihrer Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz zu entziehen](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 23.11.2022
- [↑] [Die Europaabgeordneten Lara Wolters, Heidi Hautala, Manon Aubry und Pascal Durand stellten fest: „Aus den offengelegten Dokumenten geht hervor, dass der Ausschuss \[RSB\] einer hartnäckigen und scheinbar koordinierten Lobbyarbeit ausgesetzt war, bei der fadenscheinige Behauptungen aufgestellt wurden, dass Elemente der Folgenabschätzung der Kommission gegen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit verstießen“.](#) von [business & human rights resource center](#) business-humanrights.org vom 15.12.2021, abgerufen am 22.11.2022
- [↑] [Nachhaltige unternehmerische Sorgfaltspflicht: Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission](#) lieferkettengesetz.de vom April 2022, abgerufen am 13.11.2022

14. ↑ [Transparency](#) europa.eu, n.D., abgerufen am 23.11.2022
15. ↑ [MIT gegen Lieferkettengesetz der Bundesregierung](#) mit-bund.de vom 22.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
16. ↑ [EU-Lieferkettengesetz: Bundesregierung contra Menschenrechte?](#) wdr.de vom 27.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
17. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
18. ↑ [Die Hauptgeschäftsführung der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 09.08.2016
19. ↑ [Das Präsidium der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
20. ↑ [BDA und BDI bekommen gemeinsames Präsidium](#) DIE WELT vom 03.11.2006, abgerufen am 26.11.2013
21. ↑ [Der Vorstand der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
22. ↑ [Profil: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.](#), Transparenzregister der EU, Eintrag vom 14.7.2016, zuletzt aufgerufen am 28.6.2016
23. ↑ [60 Jahre BDA 60 Jahre Stimme der Deutschen Wirtschaft](#), Website der BDA, abgerufen am 21. Oktober 2012
24. ↑ [Daten zur Geschichte der BDA und der deutschen Arbeitgeberverbände](#), Chronik auf der Webseite des BDA, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
25. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
26. ↑ ["Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert](#), Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8

Bundesverband der Deutschen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen, der Verband der Industrieverbände. Mit den zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der Bundesrepublik übt er großen Einfluß auf die deutsche Politik aus. 2021 lagen die Erträge des BDI bei 27,3 Mio. Euro, wovon 26,6 Mio. Euro auf Beitragseinnahmen entfielen.^[1] Der BDI wird außerdem vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. finanziell unterstützt, der im Präsidium des BDI vertreten ist.

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



Rechtsf eingetragener Verein
orm

Tätigkei Interessenvertretung der deutschen
tsbereic Gesamtindustrie
h

Gründu 19. Oktober 1949

ngsdat
um

Haupts Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin
tz

Lobbyb
üro

**BDI - Bundesverband der Deutschen
Industrie e.V.**

Lobbyb BDI/BDA The German Business
üro EU Representation, Rue du Commerce 31,
1000 Brüssel
Webadr bdi.eu
esse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	64
1.1 Allgemeines	64
1.2 Förderkreis der Deutschen Industrie	65
1.3 Ausgewählte Mitgliedschaften	65
1.4 Public Private Partnership (PPP)	66
2 Fallstudien und Kritik	66
2.1 2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht	66
2.2 2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	66
2.3 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	68
2.4 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	68
2.5 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien	68
2.6 2011: BDI erhält Steuergelder	69
2.7 2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf	69
2.8 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist	69
2.9 Lobbyisten in Ministerien	69
2.10 Bundesbeamte beim BDI	71
2.11 Seitenwechsel	71
3 Organisationsstruktur und Personal	71
3.1 Das Präsidium	71
3.2 Der Vorstand	71
3.3 Die Hauptgeschäftsführung	71
3.4 Mitgliedsverbände	72
3.5 Landesvertretungen	72
4 Geschichte	72
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	73
6 Einzelnachweise	73

Lobbystrategien und Einfluss

Allgemeines

In seiner Selbstdarstellung heißt es: "Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Er repräsentiert die politischen Interessen von über 100 000 Unternehmen mit gut acht Millionen Beschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit."^[2]

Der BDI gilt als wichtigste Lobbyvertretung der Branchen, wenn es um zentrale wirtschafts- und steuerpolitische Entscheidungen geht. Aufgrund der vielschichtigen Branchen innerhalb äußert sich der BDI häufig nur zu allgemeinen Punkten der Wirtschaftspolitik. Große Unternehmen versuchen ihn gleichzeitig in eigener Sache zu beeinflussen und ihn als Lobbyisten voranzuschicken.^[3]

Ludolf von Wartenberg, früherer BDI-Hauptgeschäftsführer :

"Sobald uns unsere Leute warnen und wir merken, dass etwas Größeres entsteht, informieren wir die Mitspieler in den Unternehmen. Wir formulieren in Abstimmung mit den Unternehmen die Auswirkungen für die Wirtschaft und setzen uns mit den Spitzen der Koalition oder dem federführenden Minister in Verbindung. Manchmal kann man auf diesem Weg ganz elegant eine Rakete entschärfen. Dieser ganze Prozess findet noch außerhalb der Öffentlichkeit statt - das wäre dann erst der nächste Schritt."

Gespräch mit Ludolf von Wartenberg am 14.01.2005, zitiert in: ^[4]

Förderkreis der Deutschen Industrie

Der BDI wird vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. unterstützt, der 1974 gegründet wurde und über 80 Unternehmen zu seinen Mitgliedern zählt.^[5] Der Verein fördert den Dialog mit Politikern und wendet sich aktiv sowohl an neu gewählte Abgeordnete als auch an die Vertreter von Regierung und Opposition. Mit seinen Mitteln unterstützt der Förderkreis darüber hinaus die wissenschaftliche Arbeit wirtschaftsnaher Einrichtungen, wie z.B. das [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW), das Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) sowie die Baden-Badener Unternehmensgespräche (BBUG). Der Vorsitzende des Förderkreises ist kraft Amtes Präsidiumsmitglied des BDI. Vorsitzender des Förderkreises ist laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender der [RWE](#) (Stand: 27.02.2023). Geschäftsführer ist Thomas Veit, Abteilungsleiter Finanzen, Mitglieder und zentrale Dienste beim BDI.^[6]

Der Förderkreis, dessen Zweck laut [Satzung](#) die nachhaltige Förderung der gesamtsindustriellen Belange ist, hat sich nicht ins Lobbyregister eingetragen. In einem Brief an die Mitglieder des Förderkreises fordert dessen Geschäftsführer die Mitglieder auf, ihre Beiträge explizit nicht als Aufwendung im Sinne des Lobbyregistergesetzes abzurechnen.^[7] LobbyControl geht dagegen von einer Eintragungspflicht ins Lobbyregister aus.^[8]

Ausgewählte Mitgliedschaften

Der BDI ist u. a. Mitglied der folgenden [Organisationen](#):

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Der Stellv. Vorsitzende der Lobbyorganisation, Ludolf von Wartenberg, war Hauptgeschäftsführer des BDI.
- [Institut Finanzen und Steuern](#) (IFST). Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin „Steuern und Finanzpolitik“, ist Mitglied des IFST-Vorstands, der ehem. Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenbergs ist Vorsitzender des IFST-Kuratoriums
- Wirtschafts- und steuerrechtliche Vereinigung
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)

- Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft
- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland
- Forum Zukunftsenergien
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Bündnis "Zukunft der Industrie"
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Förderverein des Instituts für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn
- [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- [Pro Mobilität](#)
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft
- Stifterverband

Public Private Partnership (PPP)

Der BDI hatte einen Vertreter, Hauptgeschäftsführer [Markus Kerber](#), in der sog. [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#). Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ([Public Private Partnership](#) (PPP)) zu fördern.

Fallstudien und Kritik

2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht

Ein Entwurf des Bundeswirtschaftsunternehmens zur Verschärfung des Kartellrechts, das die Möglichkeit einer Entflechtung von marktmächtigen Unternehmen vorsieht^[9], wird vom BDI in einer Stellungnahme als „fatales Signal für De-Investitionen und De-Industrialisierung“ diffamiert.^[10] Nach Auffassung von LobbyControl bedeutet die Initiative genau das Gegenteil: „Mit der Schärfung der Instrumente zur Bekämpfung von Monopolmacht bekommen Innovation und Investition künftig bessere Chancen. Denjenigen, die etwas wagen und nicht ihre Märkte abschotten, wird der Rücken gestärkt.“^[11]

2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Im Januar 2024 übte BDI-Präsident Russwurm deutlich Kritik am Lieferkettengesetz, das noch vom EU-Parlament bestätigt werden muss. Das Gesetz enthalte „komplett wirklichkeitsfremde Vorstellungen“.^[12]

Im Dezember 2023 einigten sich die Europäische Kommission, das Parlament und der Ministerrat nach 2-jährigen Verhandlungen auf ein europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet. Dazu äußerte sich BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner: „Der politische Kompromiss im Trilog-Verfahren bedroht Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Diversifizierung der europäischen Wirtschaft. Der BDI appelliert an Parlament und Rat, den Kompromiss abzulehnen“^[13]

Bei der Debatte um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte der BDI sich auf vielfältige Weise gegen eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene eingesetzt.^[14]

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

In öffentlichen Stellungnahmen kritisierte der BDI das Gesetzesvorhaben als zu weitreichend und wirtschaftsfeindlich. Insbesondere setzte der Verband sich dafür ein, die ursprünglich vorgesehene Tragweite des Gesetzes (= Ausmaß der betroffenen Unternehmen und der Grad der Verantwortlichkeit) zu begrenzen sowie Maßnahmen wie die zivilrechtliche Haftung ganz aus dem Gesetz zu streichen.^[15]

Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[16] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[16]

Lobbyarbeit:

Wie der Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte der BDI „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess geübt.^[17] So verschaffte sich der Verband Gehör in höchsten Regierungskreisen: bei einer Videokonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (4. November 2020) oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021).^[18] Laut dem Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[19] Auch die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte, dass das Lobbybemühen des BDI maßgeblich dafür gesorgt hatte, das Niveau des deutschen Lieferkettengesetzes zu senken.^[20]

Neben Lobbytreffen nutzte der Verband auch Pressemitteilungen und direkte Stellungnahmen um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Den Referentenentwurf kritisierte der Verband damals als „dringend überarbeitungswürdig“.^[21] Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz mit Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.^[22]

Auch als das deutsche Gesetz bereits beschlossen war, versuchte der Verband seine Umsetzung zu verhindern. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) des BDI mit dem BDA, HDE und dem DIHK forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Lieferkettengesetz aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde damals von führenden Ökonomen widersprochen.^[17]

Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Lieferkettengesetz, das ambitioniertere Maßnahmen als sein deutsches Pendant geplant hatte, signalisierte der BDI Widerstand. In einer Pressemitteilung vom 15.12.2021 kritisierte der Verband insbesondere den Gesetzesaufschlag vom europäischen Parlament als viel zu weitreichend.^[23] Noch im Juli 2020 hatte der [Seitenwechsler](#) und BDI-Geschäftsführer [Joachim Lang](#) das deutsche Gesetz als „nationalen Sonderweg“ kritisiert und darauf verwiesen, dass es daher eine europäische Lösung bräuchte. Unveröffentlichte Lobbybriefe, die Misereor und Global Policy Forum vorliegen, sollen zeigen, dass das Argument schon damals nur ein Vorwand gewesen sei, um ein deutsches Gesetz zu verhindern.^[19]

Dies deckt sich mit der Antwort des Verbands beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Frage, ob ein europäisches Gesetz überhaupt notwendig sei. Laut dem BDI bestand damals kein Handlungsbedarf, seine Antwort lautete: „no action necessary“.^[19] Das Gesetzesvorhaben wurde dennoch weiter verfolgt. Einem Bericht von Corporate Europe Observatory zufolge, setzte sich der BDI im weiteren Gesetzgebungsverfahren mithilfe seines europäischen Dachverbandes [BusinessEurope](#) bei einem Meeting mit dem EU-Kommissar Breton für eine Begrenzung der Sorgfaltspflichten ein. Der Bericht zeigt auch, dass Europäische Dachverbände wie [BusinessEurope](#) gezielt Lobbyarbeit beim [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#) (AfR) betrieben hatten. Sowohl die Positionen des EU-Kommissars Thierry Breton und die des AfR stehen dem Bericht zufolge denen der Wirtschaft nahe und boten somit bessere Einflussmöglichkeiten als andere Kanäle.^[24]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory: In einem Schreiben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert, die Einführung einer Datenbank für gefährliche Chemikalien wegen der Corona-Krise zu verschieben. Die Datenbank soll mehr Transparenz für Verbraucher und Hersteller schaffen. Außerdem will der BDI das Verbot von Perfluorooctansäure (PFOA), einer extrem persistenten Chemikalie, aufschieben. Studien haben PFOA mit einigen Krebsarten in Verbindung gebracht, zum Beispiel mit Nieren- und Hodenkrebs. Dieses Verbot soll im Juli 2020 in Kraft treten. Das Verbot ist bereits seit fünf Jahren in Vorbereitung.^[25]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDI, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[26]

2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Der BDI hat fehlerhafte Angaben auf seiner Homepage und in mehreren Publikationen zu [TTIP](#) zugegeben. Konkret hieß es auf der Homepage des BDI laut Spiegel online, „dass EU und USA jeweils mit rund 100 Mrd. Euro Wirtschaftswachstum pro Jahr rechnen können“^[27], dabei ging die CEPR-Untersuchung von einem Anstieg des europäischen BIP um ca. 0,5 Prozent in einem Zeitraum von 10 Jahren aus.

2011: BDI erhält Steuergelder

Der BDI und seine Mitgliedsverbände haben in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 17 Mal Fördermittel des Bundes in Höhe von insgesamt 4,3 Millionen Euro erhalten. Die Angaben stammen laut "Kölner Stadt-Anzeiger" (Samstagsausgabe) aus einer Antwort des Staatssekretärs im **Bundeswirtschaftsministerium**, **Stefan Kapferer**, auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein.^[28]

2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf

Der damalige Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle** (FDP) nahm am 14. März 2011 an einer Sitzung des BDI teil. Über solch ein Treffen wird Protokoll geführt. Die Süddeutsche Zeitung gelangte an das Sitzungsprotokoll und veröffentlichte die Äußerung Brüderles, wonach er die vorübergehende Abschaltung älterer Atomkraftwerke mit dem Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begründet hat.^[29] Die Sätze fielen an dem Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Atommoratorium verkündete. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, **Werner Schnappauf**, ist daraufhin zurückgetreten. Oppositionspolitiker Trittin meinte dazu: "Nun opfert der BDI für seinen Kumpel Rainer Brüderle den Hauptgeschäftsführer."^[30]

2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist

Lobbyisten in Ministerien



- **Überblick A-Z**
- **Problembeschreibung**

Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ sich im Mai 2006 für das BDI-Amt des Hauptgeschäftsführers, des Cheflobbyisten der deutschen Industrie, nominieren. Bundestagsabgeordneter wollte er parallel dazu bleiben. In einem Schreiben an die CDU-Mitglieder seines Wahlkreises Rhein-Sieg kündigte er an, er werde sein Mandat "selbstverständlich bis zum Ende dieser Wahlperiode weiterführen". Nach heftiger Kritik an seiner geplanten Doppelfunktion, auch aus den Reihen des Industrieverbandes, hatte Röttgen auf den BDI-Posten verzichtet.^[31]

Lobbyisten in Ministerien

Der BDI hatte je einen "externen Mitarbeiter" im Außen- und Wirtschaftsministerium, wobei der Lobbyist im Außenministerium offiziell noch bis zum 30.09.2011 bei der Außenwirtschaftsförderung mitarbeitet. Seit September 2010 ist im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Referent des BDI im Entwicklungsministerium tätig.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[32]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete	

Themen	k.A.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[33]
Mitarbeiter	Bis 2004 von der Bayer AG; 2004 bis 2006 Siemens AG; Ab 2007 VW AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Peking.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[34]
Mitarbeiter	Bis 2005 Deutschen Telekom AG; 2005 bis 2006 Deutsche Bank AG; Ab 2007 Lufthansa AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Tokio.
Zeitraum	01.10.2009 bis 30.09.2011 ^[35]
Mitarbeiter	Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BDI
Bearbeitete Themen	Referat 402 (Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, Verbände, Kammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Messen), Investitionsgarantien, Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit
Zeitraum	01.10.2011 bis 30.09.2013 ^{[36][37]}
Mitarbeiter	Referent in der Abteilung Umwelt und Technik im BDI
Bearbeitete Themen	Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden

Im Zuge eines **Austauschprogrammes** waren Beamte des Auswärtigen Amtes beim BDI beschäftigt.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.01.2008 – 31.03.2008 ^[38]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in im Bereich Nationales Vergaberecht
Bearbeitete Themen	Einsatz im Bereich Wettbewerbs-, Regulierungs- und Privatisierungspolitik, Tätigkeit im Bereich Wettbewerbsrecht

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	15.09.2010 - 14.09.2012 ^{[39][37]}
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms zwischen BMZ und BDI (s.u.) Einsatz im Referat 414 (OECD/DAC, G7/G8/G20; Zusammenarbeit mit anderen Gebern; ODA-Statistik) Mitarbeit im Bereich „G8/G20 und andere Geber“,
Bearbeitete Themen	Unterstützung bei Erstellung von BMZ-Positionen ^[40] Auf eine kleine Anfrage der Linken wurde letzteres abgeschwächt auf "Er unterstützt [...] vorwiegend dabei, die Erstellung des diesjährigen G8 Accountability-Berichts innerhalb des BMZ zu koordinieren und die Sitzungen der G20 Arbeitsgruppe Entwicklung vorzubereiten" ^[39]
Zeitraum	April 2011 - voraussichtlich März 2013 ^[41]
Mitarbeiter	Ein sogenannter Austauschreferent vom BDI Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungsankündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar
Bearbeitete	

Themen eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. Beim Ministerium heißt es, der BDI-Mitarbeiter treffe "keine eigenständigen Entscheidungen" und unterstütze "lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ".

Bundesbeamte beim BDI

Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde mindestens für den Zeitraum von Juni 2006 bis Oktober 2007^[42], und von September 2010 bis September 2012 dem BDI zugewiesen.^[43]

Seitenwechsel

David Kristen, Büroleiter von Michael Müller, SPD (MdB, ehem. Regierender Bürgermeister von Berlin) wird Referent für Strategische Planung und Koordination beim BDI.^[44]

Organisationsstruktur und Personal

Das Präsidium

Das **Präsidium** besteht aus dem Präsidenten, seinem gewählten Nachfolger, seinem unmittelbaren Vorgänger sowie 7 weiteren Stellvertretern und der Schatzmeisterin (Vizepräsidenten), ferner 15 vom Vorstand zu wählenden Mitgliedern. Weitere Mitglieder kraft Amtes sind der Vorsitzende des Förderkreises der Deutschen Industrie e.V., der Präsident des **Instituts der deutschen Wirtschaft** und der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses. Das Präsidium kann bis zu 25 weitere hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Präsidiumsmitglieder hinzuwählen, ferner sind durch die Satzung gegenseitige Vertreter im Präsidium des BDI und der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA) vorgesehen. Das Präsidium kann auf Vorschlag des Präsidenten die BDI-Hauptgeschäftsführerin für die Dauer ihrer Tätigkeit hinzuwählen. Ständige Gäste im Präsidium sind die Präsidenten/Vorsitzenden der BDI-Landesvertretungen, die kooptierten Vorstandsmitglieder des Förderkreises der Deutschen Industrie, die BDI-Rechnungsprüfer, die Vorsitzenden der BDI-nahen Initiativen econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) und German Health Alliance (GHA), der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA), der Präsident des **Deutschen Industrie- und Handelskammertag** (DIHK), der Direktor des **Instituts der deutschen Wirtschaft** sowie die Vorsitzenden der folgenden BDI-Regionalinitiativen: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), Subsahara Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW) und Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI).

Der Vorstand

Der **Vorstand** besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände bzw. einem beauftragten Vorstandsmitglied ihres Verbandes.

Die Hauptgeschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer ist der Chef-Lobbyist des Verbandes.

Funktion Name

Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner (CDU) Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012-2022 Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), davor Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg

Stellv. Hauptgeschäftsführer Holger Löschner

Quelle: ^[45] (Stand: 02/2023)

Mitgliedsverbände

Mitglieder im BDI sind Wirtschaftsverbände, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriebranche oder industrienahen Dienstleistungsgruppe für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind. Der BDI vertritt derzeit 39 Branchenverbände, inklusive einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus 6 Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen. Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Eine unmittelbare Mitgliedschaft von Unternehmen ist nicht möglich. Diese können jedoch die Mitgliedschaft im Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. beantragen.

Landesvertretungen

- Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB)
- Die Unternehmensverbände im Lande Bremen
- IVH - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG
- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU)
- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV)
- Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN)
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)
- Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
- Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)
- Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA)
- UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein
- Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT)

Quelle: ^[46]

Geschichte

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände« gegründet, eine Woche nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Vorbild war der »Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte. Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«.^[47] Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#) zu vereinigen, die aber

trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[48] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, das das "Manager Magazin" auszugsweise zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstehe.^[49]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021](#), lobbyregister.de, abgerufen am 08.11.2022
2. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 19.07.2011
3. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 173f
4. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 175
5. ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 27.02.2023
6. ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 02.03.2023
7. ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
8. ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
9. ↑ [Bundewirtschaftsministerium legt Entwurf zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor](#), bmwk.de vom 20.09.2022, abgerufen am 12.01.2023
10. ↑ [Referentenentwurf für ein Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz](#), bdi.eu vom 12.10.2022, abgerufen am 12.01.2023
11. ↑ [Kartellrecht. BDI verteidigt Monopolinteressen und übergeht den Mittelstand](#), lobbycontrol.de vom 06.12.2022, abgerufen am 12.01.2023
12. ↑ [bdi-besorgt-ueber-wirtschaftflaute](#), zeit.de, dpa-Meldung vom 16.01.2024, abgerufen am 17.01.2024
13. ↑ [eu-lieferkettenkompromiss-bedroht-europaeische-wirtschaft](#), bdi.eu/presse vom 14.12.2023, abgerufen am 17.01.2024
14. ↑ Beim Lieferkettengesetz, geht es darum Unternehmen zu verpflichten entlang ihrer Wertschöpfungskette Maßnahmen zu ergreifen die Einhaltung von Umweltschutzstandards und Menschenrechten zu wahren
15. ↑ [Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
16. ↑ ^{16,016,1} [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
17. ↑ ^{17,017,1} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
18. ↑ [Drucksache 19/28193](#) S. 52, dserver.bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022

19. ↑ ^{19,019,119,2} [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Miseroeor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
20. ↑ [Wirtschaftslobby kämpft gegen wirksames europäisches Lieferkettengesetz](#) lieferkettengesetz.de vom 21.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
21. ↑ [Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten](#) bdi.eu vom 28.02.2021, abgerufen am 07.11.2022
22. ↑ ["Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start" – Kommentar zum Beschluss des Lieferkettengesetzes](#) vom 11.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
23. ↑ [Auf dem Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 15.12.2021. abgerufen am 07.11.2022
24. ↑ [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 07.11.2022
25. ↑ [25 March: Less transparency on chemicals linked to cancer](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.03.2023
26. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
27. ↑ [Freihandelsabkommen: Industrieverband räumt falsche Angaben über TTIP ein](#), Spiegel Online, abgerufen am 13.04.2015
28. ↑ [BDI erhält Millionen Fördermittel des Bundes](#) euronews.net vom 16.07.2011, abgerufen am 20.07.2011
29. ↑ ["...und die Entscheidungen daher nicht immer rational"](#) sueddeutsche.de vom 24.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
30. ↑ [Bauernopfer für Brüderle](#) taz vom 26.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
31. ↑ [Röttgen soll Fraktionsgeschäftsführer bleiben](#) Spiegel-Online vom 22.07.2006, abgerufen am 20.07.2011
32. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"
33. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Löttsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
34. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Löttsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
35. ↑ Bundesministerium des Innern: Vierter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2009 – 31. Dezember 2009, Stand 31.03.2010
36. ↑ [Achter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2011 – 31. Dezember 2011](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
37. ↑ ^{37,037,1} [Neunter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2012 – 31. Juni 2012](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
38. ↑ [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\)](#), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
39. ↑ ^{39,039,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
40. ↑ Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011
41. ↑ [\[1\] BDI-Lobbyist vertritt Regierung auf G-8-Planungstreffen](#). Letzter Zugriff: 25.04.2012

42. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
43. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
44. ↑ [Kristenbdi.eu](#), abgerufen am 23.05.2025
45. ↑ [Hauptgeschäftsführung](#), bdi.eu, abgerufen am 27.02.2023
46. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 20.07.2011
47. ↑ [BDI-Webseite 60 Jahre BDI](#) abgerufen am 20.07.2011
48. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
49. ↑ "Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8

Atlantik-Brücke

Die **Atlantik-Brücke** ist ein Verein, dem führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, den Streitkräften, der Wissenschaft, den Medien und der Kultur angehören, die über das gemeinsame Netzwerk gesellschaftspolitischen Einfluss nehmen und Kontakte pflegen. Neben Entscheidungsträgern aus diesen Bereichen, die bei der Atlantik-Brücke einen Rahmen für vertrauliche Gespräche finden, gehören zu dem Verband aber auch Nachwuchsführungskräfte, die auf den „Young Leaders“-Konferenzen Netzwerke schmieden.^[1] Unter den Mitgliedern spielen Spitzenmanager und diesen nahestehende Politiker eine herausragende Rolle. Der Vorsitzende, Bundesminister a.D. [Sigmar Gabriel](#), ist ein mit der Wirtschaftslobby bestens vernetzter ehem. hochrangiger SPD-Politiker. Bis 2019 hielt [Friedrich Merz](#) diese Stelle inne.

Atlantik-Brücke e.V.

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich

Gründungsdatum 1952

Hauptsitz Magnus-Haus, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse atlantik-bruecke.org

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	76
1.1 Netzwerk der Mitglieder	76
1.2 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	76
2 Fallstudien und Kritik	77
3 Organisationsstruktur und Personal	77
3.1 Geschäftsführender Vorstand	77
3.2 Stiftung Atlantik-Brücke	77
3.3 International Advisory Council	79
3.4 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	80

4 Kurzdarstellung und Geschichte	80
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	80
6 Einzelnachweise	80

Einflussnahme und Lobbystrategien

Zu den Aktivitäten der Atlantik-Brücke gehören Konferenzen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Studienreisen, Preisverleihungen und das Young-Leaders-Programm.

- Mit der Schwesterorganisation **American Council on Germany** (ACG) führt die Atlantik-Brücke jährlich Deutsch-Amerikanische Konferenzen durch.^[2] Seit 2005 veranstalten die beiden Organisationen jeweils ihre eigenen Young Leaders-Konferenzen.
- Mit Institutionen wie der **Münchner Sicherheitskonferenz** oder der **American Chamber of Commerce in Germany** gibt es strategische Kooperationen.^[3]
- Mit dem Oberkommando der US-Armee in Europa **U.S. European Command** wird seit 1990 jährlich ein Expertengespräch in Berlin geführt.

Netzwerk der Mitglieder

Die rund **500 Mitglieder** der Atlantik-Brücke kommen überwiegend aus der Wirtschaft. Nach der bei Wikipedia veröffentlichten **Liste von Mitgliedern** waren 2010 über die Hälfte der Mitglieder in der Wirtschaft tätig. Mehr als die Hälfte der Dax-30-Unternehmen sind Mitglieder^[4] Die nächst größten Berufsgruppen sind die freien Berufe, Politiker*innen und Medienvertreter*innen.

Die Mitgliederzahl ist beschränkt, um die Exklusivität des Vereins zu wahren. Laut § 4 der Satzung wird die Mitgliedschaft durch Wahl durch den Vorstand (sog. Kooptation) erworben.^[5]

Im Mai 2015 entbrannte ein Streit in der **Linkspartei** um die Mitgliedschaft des Bundestagsabgeordneten **Stefan Liebich**. Mitglieder forderten die Rückgabe des Bundestagsmandats aufgrund der Mitgliedschaft Liebichs im Verein, der aus den Reihen der Linkspartei kritisiert wird.^[6]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

2010 gründeten Mitglieder der Atlantik-Brücke den Verein "Atlantik Forum", um das weltweite Netzwerk der 2000 Teilnehmer von Young Leaders-Konferenzen, die sog. Young-Leaders Alumni, besser managen zu können.^[7] In das Netzwerk aufgenommen wird nur, wer zwischen 28 und 35 Jahre alt ist und es beruflich schon zu etwas gebracht hat.^[8] Wer einmal als Young Leader aufgenommen wurde, bleibt es sein Leben lang. Im Juli 2012 wurde der Verein in Global Bridges e.V. umbenannt. In diesem Netzwerk sind nicht nur Young Leaders-Alumni Mitglieder, sondern auch einflussreiche Persönlichkeiten aus dem transatlantischen Raum sowie Asien (insbesondere China) und Osteuropa. Zu den Alumni gehören u.a. Bundesbankpräsident **Jens Weidmann**^[9], der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, **Mathias Döpfner**^[10], Bundesinnenminister **Thomas de Maizière**^[11], Staatsminister a. D. und Daimler-Lobbyist **Eckart von Klaeden**^[12], die CDU-Politikerin **Julia Klöckner**^[13] und der Grünen-Politiker **Cem Özdemir**^{[14][15][16]} Es ist geplant, Global Bridges nach Indien, Lateinamerika und Südafrika zu erweitern.

Fallstudien und Kritik

- Die Atlantik-Brücke ist ein entschiedener Befürworter des Freihandelsabkommens [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP)^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführender Vorstand

Stiftung Atlantik-Brücke

Es existiert ebenfalls eine Stiftung des gleichen Namens, welche über eigene Gremien verfügt.

Fu

nkt Name

ion

Verbindungen

Vor

sitz

en

der

[Sigmar Gabriel](#)

- ehem. Vizekanzler und SPD-Bundesvorsitzender
- [Trilaterale Kommission](#) und [European Council on Foreign Relations](#), Mitglied
- [Deutsche Bank](#), Aufsichtsrat
- *International Crisis Group*, Kuratoriumsmitglied
- [Deloitte](#), Beiratsmitglied
- *Eurasia Group*, Politikberater
- Autor für die *Holtzbrinck-Medien* *Handelsblatt*, *Der Tagesspiegel*, *Die Zeit*

Ste
llv.
Vor
sitz
en
der

Michael Hüther

- Institut der deutschen Wirtschaft
Köln, Direktor

Ste
llv.
Vor
sitz
en
der

Norbert Röttgen

- CDU, Mitglied des Bundestages
- ehem. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2009 - 2012)

Sc
hat
zm
eis
teri
n
Ge
sch
äft
sfü
hre
rin

Ute Wolf

- Finanzvorstand, Evonik Industries, Essen

Julia Friedlander

Weitere Vorstandsmitglieder u.a. Angelika Gifford, Meta, Tina Hassel, ARD-Hauptstadtstudio, Metin Hakverdi, MdB (SPD), Wolfgang Ischinger, Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz, Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), Eveline Metzen, Google, James von Moltke, Deutsche Bank, Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Julie Linn Teigland, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, atlantik-bruecke gremien [\[1\]](#)

Vorstand der Stiftung

Atlantik-Brücke

Vorsitzender

Andreas
Dombret

Deutsche Bundesbank, ehem. Mitglied des Vorstands

Stellv. Vorsitzender

Christian
Lange

SPD-Politiker, ehem. Parlamentarischer Staatssekretär

Stellv. Vorsitzende

Christine C.
Graeff

Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse Group

Kuratorium der Stiftung

Atlantik-Brücke

Vorstand der Stiftung Atlantik-Brücke

Vorsitzender	Jürgen Großmann	Alleingesellschafter der Georgsmarienhütte Holding
Stellv. Vorsitzender	Arend Oetker	<ul style="list-style-type: none"> Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) Konzernchef der Dr. Arend Oetker Holding GmbH
	Roland Berger	<ul style="list-style-type: none"> Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) Honorary Chairman der Roland Berger GmbH
	Jürgen H. Conzelmann	Haus & Grund Frankfurt am Main, CEO
	Jürgen R. Großmann	<ul style="list-style-type: none"> ehem. Vorstandsvorsitzender der RWE RAG-Stiftung, Vorsitzender des Kuratoriums
	Axel Hörger	Lombard International Assurance S.A., Luxemburg, Vorsitzender des Vorstands
	Hans-Ulrich Klose	<ul style="list-style-type: none"> ehem. Bürgermeister von Hamburg (SPD) Atlantische Initiative, Mitglied des Beirats
	Thomas Rodermann	Quintet Private Bank (Muttergesellschaft von Merck Finck), Vorstandsmitglied
	Lutz Raettig	Morgan Stanley , Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Peter Wittig	<ul style="list-style-type: none"> ehem. Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, DC Schaeffler AG, Senior Advisor Global Affairs

Weitere Mitglieder des
Kuratoriums

(Stand: August 2022) Quelle: ^[18]

International Advisory Council

- Ferdinando Becalli-Falco, GE International, Brüssel
- Michael Behrendt, Hapag-Lloyd, Hamburg
- [Roland Berger](#), Roland Berger Strategy Consultants, München
- Günter Blobel, Rockefeller University, New York, NY
- John E. Bryson, USA, Edison International, Rosemead, CA
- James L. Jones (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als National Security Advisor)
- Frederick Kempe, Präsident und CEO des [Atlantic Council](#) of the United States, Washington, DC
- Willem Mesdag, Red Mountain Capital Partners LLC, Los Angeles, CA

- Philip D. Murphy (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als Botschafter der USA in Deutschland)
- **Arend Oetker**, Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG, Berlin
- Ekkehard D. Schulz, ThyssenKrupp AG, Düsseldorf
- Rupert Stadler, Audi AG, Ingolstadt
- Ulrich Steger, Professor Emeritus, IMD International, Lausanne, Schweiz
- Ratan N. Tata, Tata Sons Limited, Mumbai
- Werner Wenning, **Bayer** AG, Leverkusen

(Stand: Januar 2013/ ab 2016 waren die Mitglieder auf der eigenen Webseite nicht mehr abrufbar) Quelle: ^[19]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

Der Vorstand besteht aus

- Hans Albrecht, Chairman, Geschäftsführer Nordwind Capital
- Beate Lindemann, Executive Vice-Chairman
- **Michael Vassiliadis**, Vice-Chairman, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums der RAG-Stiftung
- Herbert Palmberger, Schatzmeister, Partner von Heuking Kühn Luer Wotjekx

(Stand: April 2020) Quelle: ^[20]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Atlantik-Brücke wurde 1952 von den beiden Bankiers Eric Warburg und Gotthard von Falkenhausen, den Zeit-Journalisten Marion Gräfin Dönhoff und Ernst Friedländer sowie den Unternehmern Eric Blumenfeld und Hans-Karl von Borries gegründet. ^[21] Als Schwesterorganisation wurde der **American Council on Germany** (ACG) ins Leben gerufen. Atlantik-Brücke und ACG gründeten 1973 gemeinsam das "Young Leaders-Programm". ^[22]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Über uns, Webseite Atlantik-Brücke](#), abgerufen am 18. 04. 2020
2. ↑ [Deutsch-Amerikanische Konferenz 2014, Webseite Atlantik-Brücke](#), abgerufen am 14.04.2020
3. ↑ [Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn](#), Webseite Atlantik-Brücke, archiviert auf www.archive.org, abgerufen am 23.04.2020
4. ↑ [Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn](#), Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
5. ↑ [Satzung gemäß Beschluss vom 20.01.2010](#), Webseite Wikipedia, abgerufen am 23.04.2020
6. ↑ [Gysi stellt sich vor Liebich](#), Neues Deutschland, 9. Mai 2015, zuletzt aufgerufen am 23.04.2020

7. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
8. ↑ [Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt](#), Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
9. ↑ [Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt](#), Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
10. ↑ [Mächtige Allianz](#), manager magazin online 21.03.2003, abgerufen am 20.10.2016
11. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
12. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
13. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
14. ↑ [Atlantik-Brücke's Young Leaders Program Some Prominent Young Leaders Alumni](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
15. ↑ [Atlantik Forum e.V. in: Jahresbericht Juni 2010 bis Juni 2011](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
16. ↑ [American-German Young Leaders Conference The 2011 Young Leaders Delegation](#), acgusa.org, abgerufen am 23.04.2020
17. ↑ [Burkhard Schwenker: Warum wir TTIP jetzt brauchen](#), Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
18. ↑ [Gremien der Stiftung Atlantik-Brücke](#) Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 30.08.2022
19. ↑ [Webseite Atlantik-Brücke - International Advisory Council](#) abgerufen am 24.04.2020
20. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
21. ↑ [Jahresbericht 2012](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 20.10.2016
22. ↑ [American-German Young Leaders Conference](#), Webseite American Council on Germany, abgerufen am 10.12.2015

Allianz

Der Allianz Konzern ist einer der weltweit führenden Versicherer und Vermögensverwalter mit rund 128 Millionen Privat- und Firmenkunden in knapp 70 Ländern und einem Geschäftsvolumen von rund 180 Mrd. Euro (Stand: 2024).^[1] Die Allianz SE mit Sitz in München ist Holdinggesellschaft und Rückversicherungsunternehmen des Allianz Konzerns.^[2]

Organigramm des Konzerns: [Datei:de-2023-Allianz-simplified-structure.pdf](#)

Allianz SE



Branche Finanzdienstleistungen
Hauptsitz Königinstraße 28, 80802 München
Lobbybür
o
Deutschla
nd
Lobbybür Allianz SE, European Affairs Office
o EU Brüssel, Avenue des Arts 27, B - 1040 Bruxelles
Webadres [allianz.com](https://www.allianz.com)
se

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsbereiche	82
2 Lobbystrategien und Einfluss	82
2.1 Berliner Repräsentanz	82
2.2 Repräsentanz in Brüssel	83
2.3 Seitenwechsler	83
2.4 Verbandsmitgliedschaften	83
2.5 Lobbyausgaben	84
3 Organisationsstruktur und Personal	85
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	86
5 Einzelnachweise	86

Geschäftsbereiche

Es gibt die folgenden Geschäftsbereiche:

- Versicherungsgeschäft: Der Geschäftsbereich Schaden- und Unfallversicherung umfasst Kraftfahrzeug-, Unfall-, Sach-, allgemeine Haftpflicht-, Reise- versicherungen und Assistance-Leistungen; der Geschäftsbereich Lebens- und Krankenversicherung bietet neben Lebens- und Krankenversicherungen auch Spar- und Anlageprodukte
- Asset Management: Die beiden großen Anlageverwalter PIMCO und AllianzGI operieren unter dem Dach der Allianz Asset Management (AAM).
- Corporate und Sonstiges: Der Geschäftsbereich Corporate und Sonstiges umfasst Holding- Funktionen zur Verwaltung und Unterstützung der anderen Konzern-Geschäftsbereiche und das Allianz-Bankgeschäft sowie Alternative und Digitale Investments

Quelle:^[3]

Lobbystrategien und Einfluss

Berliner Repräsentanz

Die [Berliner Repräsentanz](#) im "Allianz-Forum" am Pariser Platz vertritt die Interessen der Allianz in der Hauptstadt. Die Lobbytätigkeit wird wie folgt beschrieben: „In der politischen Interessenvertretung ist es unsere Aufgabe, Positionen und Informationen aus dem Finanzdienstleistungs- und Versicherungssektor einzubringen. Dazu sind wir im Austausch mit Abgeordneten, Parteien und Ministerien. Zusätzlich arbeiten wir eng zusammen mit Verbänden, Stiftungen, Botschaften und Gremien.“^[4] Zu den Veranstaltungen im "Allianz-Forum" gehören die Diskussionsveranstaltungen "Allianz Impuls", zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden^[5] :

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zum Team gehören u.a.:

- Michelle Schmitz, Leiterin
- Sara Schott, Bevollmächtigte Regierungsbeziehungen
- Udo Fischer, Bevollmächtigter Regierungsbeziehungen

- Wilhelm Ruprecht, Bevollmächtigter Regierungsbeziehungen

Repräsentanz in Brüssel

Head of European Affairs Office ist Alexander Bogensperger ^[6]

Zwischen 12/2014 und 02/2025 gab es laut EU-Transparenzregister 38 Treffen mit der EU-Kommission.

Seitenwechsler

- Im November 2014 wurde bekannt, dass der ehemalige britische Labour-Abgeordnete im **EU-Parlament** **Peter Skinner** Lobbyist bei der Allianz SE wird. Skinner war vor allem im **Ausschuss für Wirtschaft und Währung** (ECON) tätig. Dort war er federführend an der europäischen Regulierung des Versicherungswesens beteiligt. Skinner wechselte in die Branche, für die er jahrelang die Rahmenbedingungen mit geschaffen hatte. Gegenüber LobbyControl erklärte die Allianz, mit Skinner sei vereinbart worden, dass er ein Jahr lang keinen Kontakt zur **EU-Kommission** oder dem **EU-Parlament** aufnehmen darf. ^[7] 2016 wurde er wegen Spesenbetrugs zu 4 Jahren Haft verurteilt. ^[8]
- Der ehemalige Bundesgesundheitsminister **Daniel Bahr** arbeitet seit dem 1. November 2014 als Generalbevollmächtigter für die "Allianz Private Krankenversicherung". ^[9] In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung nahm Bahr dazu Stellung. ^[10] Zum 1. Januar 2017 ist er in den Vorstand aufgerückt. ^[11]

Verbandsmitgliedschaften

Die Allianz SE ist laut EU-Transparenzregister u.a. Mitglied der folgenden Organisationen (Stand: 03/2025): ^[12]

- American European Community Association (AECA)
- **Association for Financial Markets in Europe** (AFME)
- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
- BITKOM
- Bundesverband Investment und Asset Management (BVI)
- Deutsches Aktieninstitut
- European Financial Services Round Table (EFR)
- **European Parliamentary Financial Services Forum** (EPFS)
- Eurofi
- **Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft** (GDV)
- Investment Association (IA)
- International Capital Market Association (ICMA)
- Kangaroo Group
- **Pan-European Insurance Forum** (PEIF)
- **Verband der Privaten Krankenversicherung** (PKV)
- Transatlantic Policy Network (TPN)

Im Lobbyregister sind als weitere Mitgliedschaften angegeben (Stand. 01/2025) ^[13]:

- **American Chamber of Commerce in Germany**

- [Atlantik-Brücke](#)
- [Collegium](#)
- Europäische Bewegung Deutschland
- Finanzplatz München Initiative (FPMI)
- Förderkreis der Deutschen Industrie
- [Grüner Wirtschaftsdialog](#)
- Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
- [Wirtschaftsbeirat der Union](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)

Lobbyausgaben

- Angaben beim Lobbyregister des Deutschen Bundestages

	2023
Allianz Versicherungs AG	1.140.001 - 1.150.000 €
Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG	150.001 -160.000 €
Allianz Lebensversicherungs-AG	840.001 - 850.000 €
Allianz Private Krankenversicherungs-AG	300.001 -310.000 €
Allianz SE	970.001 - 980.000 €
Allianz Deutschland AG	1 - 10.000 €
Allianz Agrar AG	10.001 - 20.000 €
Allianz Capital Partners GmbH	1 - 10.000 €

	Ausgaben in €	Vollzeitäquivalent der Beschäftigten in der Interessenvertretung
Allianz Versicherungs-AG zum Eintrag im Lobbyregister	1.090.001 - 1.100.000	0,28
Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG [1]	90.001 - 100.000	0,28
Allianz Lebensversicherungs-AG [2]	740.001 - 750.000	0,28
Allianz Private Krankenversicherungs-AG [3]	290.001 - 300.000	0,28
Allianz SE [4]	970.001 - 980.000	3,73
Allianz Deutschland AG [5]	1 - 10.000	/
Allianz Agrar AG [6]	10.001 - 20.000	0,01
Allianz Capital Partners [7]	1 - 10.000	/

	Ausgaben in €	Vollzeitäquivalent der Beschäftigten in der Interessenvertretung
Gesamt 2024	ca. 3.190.000 Euro	ca. 5,42

- Angaben im Transparenzregister der EU

Allianz SE	2024
Aufwendungen	2.250.000 - 2.249.999 €
Lobbyisten	11 / 4,9 Vollzeit.

In Deutschland gehört die Allianz zu den größten Parteispendern. Seit dem Jahr 2000 spendete der Konzern insgesamt 5.222.683,8 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Spenden aus den Jahren 2010 bis 2019 verteilen sich wie folgt:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Summe
2010	60.001	60.001	60.001	50.001	60.001	290.005
2011	50.001	50.001	50.001	50.001	50.001	250.005
2012	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	150.000
2013	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	150.000
2014	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2015	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2016	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2017	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2018	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2019	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2020	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2021	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2022	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2023	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
Summe	470.002	470.002	470.002	360.002	470.002	2.240.010

Die Spenden sind im Einzelnen über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Organisationsstruktur und Personal

- Vorstandsvorsitzender ist seit Mai 2015 [Oliver Bäte](#).^[14]

- Vorsitzender des Aufsichtsrats ist seit 2017 Michael Diekmann.^[15]
- Der **Gemeinsame Beirat der Allianz-Gesellschaften** setzt sich laut Geschäftsbericht 2015^[16] auf folgenden Personen zusammen: Helmut Perlet (Allianz), Kurt Bock (**BASF**), Thomas Enders (Airbus Group), Franz Fehrenbach (Bosch), **Rüdiger Grube** (**Deutsche Bahn**), Herbert Heiner (**Adidas**), Jürgen Heraeus (Heraeus Holding), **Dieter Hundt** (Allgaier Werke), **Wolfgang Ischinger** (Münchner Sicherheitskonferenz), **Hans-Peter Keitel** (**BDI**), Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf), Thomas Rabe (**Bertelsmann**), Norbert Reithofer (**BMW**), Harry Roels, Kasper Rorsted (Henkel), Manfred Schneider (**RWE**), **Dennis Snower** (**Institut für Weltwirtschaft**), Peter Terium (**RWE**), Heinrich Weiss (SMS Holding), Manfred Wennemer

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Auf einen Blick](#), allianz.com, abgerufen am 15.03.2025
2. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 15.03.2025
3. ↑ [Geschäftsbericht 2025](#), allianz.com, abgerufen am 15.03.2025
4. ↑ [Allianz Repräsentanz Berlin](#), allianz.com, abgerufen am 15.03.2025
5. ↑ [Allianz SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 16.03.2025
6. ↑ [Allianz SE](#), transparency-register.europa vom 10.03.2025, abgerufen am 15.03.2025
7. ↑ [Allianz holt Ex-Versicherungsregulierer als Lobbyisten](#) LobbyControl vom 25. November 2014, abgerufen am 25.11.2014
8. ↑ [EX-MEP Skinner jailed for expenses fraud](#), bbc.com vom 29.04.2016, abgerufen am 16.03.2025
9. ↑ [Pressemeldung des Allianz-Konzerns](#), abgerufen am 29.09.2014
10. ↑ [Sueddeutsche.de: Ex-Gesundheitsminister Bahr wird Allianz-Vorstand](#), abgerufen am 29.09.2014
11. ↑ [Daniel Bahr rückt in den Vorstand auf](#), 15.12.2016, allianzdeutschland.de, abgerufen am 16.06.2017
12. ↑ [transparency-register.eu](#) abgerufen am 16.03.2025
13. ↑ [Allianz SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 16.03.2025
14. ↑ [Vorstand der Allianz](#), allianz.com, abgerufen am 11.05.2016
15. ↑ [der Allianz](#), allianz.com, abgerufen am 22.11.2024
16. ↑ [Geschäftsbericht 2015](#), allianz.com, abgerufen am 11.05.2016

Deutsche Stiftung Eigentum

Die **Deutsche Stiftung Eigentum** mit Sitz in Berlin setzt sich für privates Eigentum in seinen verschiedenen Ausprägungen ein. Sie bekennt sich zwar zur im Grundgesetz verankerten Sozialpflichtigkeit des Eigentums, sieht es jedoch als ihre Aufgabe an, vermeintlich zu weitgehende Regulierungen zu verhindern. Nach ihrer Auffassung sind Eingriffe des Gesetzgebers in die Eigentumsrechte in den unterschiedlichsten Bereichen – sei es im Urheberrecht, in

Deutsche Stiftung Eigentum

Rechtsform	Stiftung
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der Eigentümer
Gründungsdatum	2003
Hauptsitz	Claire-Waldoff-Str. 7, 10117

den Rechten der Unternehmen oder im Bereich des Grundeigentums, immer wieder erneute Beeinträchtigungen des Grundrechts am Eigentum.^[1] Sie setzt sich weiterhin dafür ein, dass Vermögen gar nicht und Kapitaleinkünfte möglichst gering besteuert werden.

Deutsche Stiftung Eigentum

Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse deutsche-stiftung-eigentum.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	87
2 Fallbeispiele und Kritik	87
2.1 Reform der Erbschaftsteuer	87
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	87
3.1 Vorstand	87
3.2 Stiftungsrat	88
3.3 Wissenschaftlicher Beirat	88
3.4 Kooperationen	88
4 Finanzen	88
5 Weiterführende Informationen	88
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	89
7 Einzelnachweise	89

Lobbystrategien und Einfluss

Als "Anwalt des Eigentums" will die Stiftung auf die öffentliche Meinung einwirken. Dazu organisiert sie Veranstaltungen, etwas zum *Tag des Eigentums*, und veröffentlicht die Reihe *Bibliothek des Eigentums*.

In den Jahren 2014 und 2015 waren die Novellierung des Erbschaftsteuergesetzes, die Reform des Urheberrechts und die Novellierung des Kulturschutzgesetzes Schwerpunktthemen. 2013 waren eine damals diskutierte Vermögensabgabe und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wichtige Themen.

Fallbeispiele und Kritik

Reform der Erbschaftsteuer

Die Deutsche Stiftung Eigentum nimmt gemeinsam mit der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), der [Stiftung Familienunternehmen](#) und der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) Einfluss auf die Reform der Erbschaftsteuer. In diesem Zusammenhang fand am 24. September 2015 in der Britischen Botschaft eine Diskussion mit Finanzminister Schäuble vor 200 geladenen Gästen statt.^[2]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Vorstand

Mitglieder sind (Stand: Juli 2023):

- Leo v. Stockhausen (Vorsitzender), Geschäftsführer der Familienbetriebe Land und Forst e.V., Berlin

- Karoline Beck, Geschäftsführerin der in.wendt Management GmbH, ehem. Vizepräsidentin [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- Fabian Wendenburg, Geschäftsführer [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)

Stiftungsrat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.

- Christian Schmidt (Vorsitzender), ehem. Minister für Ernährung und Landwirtschaft (CSU), hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Präsident der [Deutsche Atlantische Gesellschaft](#)
- Max Freiherr v. Elverfeldt, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst e.V.
- Michael Moritz, Regionalvorsitzender Hamburg von [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- Horst Reinhardt, Sprecher des Vorstands der Landwirtschaftlichen Rentenbank
- [Hermann Otto Solms](#), MdB (FDP), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Beirats der Deutschen Vermögensberatung AG, Mitglied des Parlamentarischen Beirats des Bundesverbands Deutscher Vermögensberater
- Gerd Sonnleitner, Ehrenpräsident [Deutscher Bauernverband](#) und europäischer Bauernverband [COPA](#)

(Stand: Juli 2023)

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.

- Prof. Dr. Judith Froese (Vorsitzende), Universität Konstanz, Lehrstuhl für Öffentliches Recht mit Nebengebieten
- Ines Härtel, Richterin am Bundesverfassungsgericht
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), ehem. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
- [Karl-Heinz Paqué](#), FDP-Politiker, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)

(Stand: Juli 2023)

Kooperationen

Die Deutsche Stiftung Eigentum, die [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), die [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und die [Stiftung Marktwirtschaft](#) organisieren gemeinsam Veranstaltungen.^[3]

Finanzen

Die Deutsche Stiftung Eigentum finanziert ihre Arbeit nach eigenen Angaben aus Eigenmitteln und Erträgen der Stiftung sowie aus Spenden von Unternehmen und Privatpersonen.^[4]

Weiterführende Informationen

- Informationen zur Stiftung Eigentum gibt es auch in unserem [lobbykritischen Stadtführer Lobbyplanet](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Home, Webseite der Deutschen Stiftung Eigentum](#), abgerufen am 18. 12. 2015
2. ↑ [Solms: Reform der Erbschaftsteuer ist Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland](#), Webseite Deutsche Stiftung Eigentum, abgerufen am 16. 12. 2015
3. ↑ [Bargeld ist geprägte Freiheit](#), Kooperationsveranstaltung vom 21.09.2016, stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 30.09.2016
4. ↑ [Fördermöglichkeiten](#), deutsche-stiftung-eigentum.de, abgerufen am 04.04.2016

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Die **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft** ist eine Vereinigung zur Förderung von marktradikalen Ideen im Sinne von [Friedrich August von Hayek](#). Sie spielte lange Zeit eine führende Rolle bei der ideologischen Ausrichtung und Koordinierung einer Vielzahl neoliberaler Denkfabriken und Netzwerke. Personelle Verflechtungen gibt es mit den [Mises Instituten](#), dem Verband [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#). Ein prominentes Neu-Mitglied ist Hans-Görg Maaßen, ehem. Präsident des Bundesverfassungsschutzes, der die WerteUnion als Partei gegründet hat. Von der Hayek-Gesellschaft wird Maaßen auf Youtube als "Verfassungsschützer der Freiheit" präsentiert.^[1]

Zu den Aktivisten gehört der Jurist Ulrich Vosgerau, der beim Geheimtreffen von rechtsextremistischen Funktionären in Potsdam dabei war. Bis zum Streit um die Abgrenzung zur AfD im Jahr 2021 war die Hayek-Gesellschaft eng mit der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) verbunden (diese ist nicht identisch mit der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#)).

Im Juli 2015 trat ein großer Teil des wirtschaftsliberalen Flügels aus Protest gegen die zunehmende Ideologisierung und Radikalisierung aus der Hayek-Gesellschaft aus.^[2] Zu ihnen gehörten auch Repräsentanten der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und der [FDP](#). 2017 und 2021 sind weitere Mitglieder aus Protest gegen eine Angleichung an [AfD](#)-Positionen ausgetreten. Die Spaltungstendenzen erklären sich nach Auffassung des Historikers Quinn Slobodian auch daraus, dass Hayek sowohl unter Neoliberalen als auch unter Rechtspopulisten eine Ikone geworden ist.^[3] Die rechtsneoliberale Vorstellung vom »Volkskapital« ordne Ländern Intelligenz-Durchschnittswerte in einer Weise zu, die das Konzept des »Humankapitals« kollektiviere und ihm angeborene, vererbte Qualitäten zuschreibe.

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	Mai 1998
Hauptsitz	10117 Berlin, Albrechtstr. 11
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	hayek.de

Der argentinische Präsident Milei, dem die Hayek-Gesellschaft im Juni 2024 ihre Medaille verliehen hat, ist für den Sozialwissenschaftler Dieter Plehwe der neue Liebling und Hoffnungsträger der gebeutelten neoliberalen Kräfte und der aufstrebenden Nationalkonservativen: „Dessen offene Kampfansage an Gewerkschaften und Umweltorganisationen ist Balsam auf die Seele neoliberaler Organisationen, die in vielen Ländern der Welt im Zuge der Vielfachkrisen und des Versagens marktradikaler Konzepte in die Defensive geraten sind. Die Zerschlagung des ohnehin schwachen argentinischen Wohlfahrtsstaates im Namen der ökonomischen Freiheit und der Währungsstabilität, also im Interesse der Vermögenden, verspricht die Rückkehr zur Herr-im-Haus-Mentalität konservativer Traditionalisten.“^[4]

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	90
2 Forum Freiheit	91
3 Verleihung der Hayek-Medaille und des Netzwerk-Preises	91
4 EF-Konferenz 2026 auf Usedom: Vernetzung libertärer bzw. rechter Organisationen und Medien	92
5 Kontroversen und Austritte	92
5.1 Streit 2015	92
5.2 Streit 2017: Abgrenzung zur AfD	93
5.3 Streit 2021: Abgrenzung zur AfD	93
6 Organisationsstruktur und Personal	94
6.1 Vorstand	94
6.2 Aktivisten	95
6.3 Mitglieder	96
7 Hayek Clubs	96
8 Intransparente Finanzen	97
9 Verbindungen	97
9.1 Alternative für Deutschland (AfD)	97
9.2 Die Familienunternehmer - ASU	97
9.3 Ludwig von Mises Institute	98
9.4 Atlas-Initiative	98
9.5 Hayek-Institut	98
9.6 Jenaer Allianz	99
9.7 Liberales Institut Zürich	99
10 Lobbystrategien und Einfluss	99
10.1 Umwelt/Klimaschutz	99
11 Zitat	99
12 Weiterführende Informationen	100
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	100
14 Einzelnachweise	100

Aktivitäten

Zweck der im Mai 1998 gegründeten Hayek-Gesellschaft ist u.a. die „Vernetzung“ von Nachwuchswissenschaftlern, Publizisten und Politikern, die Abhaltung von Tagungen und Symposien, die Verleihung einer „Hayek-Medaille“ sowie die Veranstaltung eines Essay-Wettbewerbs. Für die Verbreitung ihrer Ideen wirken die jährlichen Hayek-Tage, das Forum Freiheit, die zahlreichen örtlichen Hayek-Clubs in Deutschland, in der Schweiz und Österreich.

Forum Freiheit

Das „Forum Freiheit“ ist eine lockere Allianz von verschiedenen Organisationen und Vereinen, deren Ziel eine allgemeine Werbung für die Idee der Freiheit oder für die Realisierung der Freiheit in bestimmten Einzelbereichen (z.B. im Bildungswesen, im Gesundheitswesen) ist.^[5] Das [Forum Freiheit 2023](#) wurde von der Hayek-Gesellschaft veranstaltet und vom [Liberalen Institut Zürich](#), dem [Hayek-Institut](#), dem [Institut für Unternehmerische Freiheit](#) und der [Atlas-Initiative](#) unterstützt. Neben Vorstandsmitgliedern der Hayek-Gesellschaft hält Thilo Sarazzin regelmäßig Vorträge auf den Foren und sonstigen Veranstaltungen der Gesellschaft. Als Leiter eines Panels des Forums Freiheit betätigte sich 2022 [Roland Tichy](#), dem 2015 die Hayek-Medaille verliehen wurde^[6] Auf dem [FORUM Freiheit 2019](#) referierte Michael Limburg, Vizepräsident des Klimaktenleugner-Instituts [EIKE](#) und Mitglied der AfD, zum Thema „Klimasozialismus“.

Verleihung der Hayek-Medaille und des Netzwerk-Preises

Die Hayek-Gesellschaft verleiht jährlich die Hayek-Medaille an „Medaillenträger national“ und „Medaillenträger international“. Die Preisträger sind [hier](#) abrufbar.

Am 22. Juni 2024 hat der rechtslibertäre Populist Milei in Anwesenheit der AfD-Politikerin Beatrix von Storch und des ehemaligen Verfassungsschutz-Präsidenten Hans-Georg Maaßen die Hayek-Medaille erhalten.^[7]

Milei steht für ein autoritäres Staatsverständnis sowie Sozialabbau und leugnet den Klimawandel.^[8] Der Staat soll sich nach seiner Auffassung auf Polizei, Militär und Justiz beschränken, alles andere regelt der Markt.^[9] In seiner Laudatio erklärte der Vorsitzende Kooths: „Sie gehören zu jenen seltenen politischen Bahnbrechern, die glücklicherweise zuweilen in höchster Not auftauchen, um einem ökonomischen und dabei meist auch gesellschaftlich zerrütteten Land die Chance zu geben, aus den Sackgassen herauszufinden, in die es die Blockaden des Interventionismus geführt haben. Sie stehen für einen grundlegenden Kurswechsel ohne populistische Versprechungen auf billige Lösungen. Ohne Rückgriff auf das süße Gift von staatlicher Steuerungsillusion.“^[10]

Mit dem [Hayek-Sonderpreis für exzellentes Networking](#) 2025 wurde die libertäre Monatsschrift [eigentümlich frei](#) ausgezeichnet, die als Schnittstelle und Multiplikator der Neuen Rechten hinein ins bürgerlich-liberale Spektrum" gilt.^[11] Gründer und Herausgeber [André Lichtschlag](#) ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft und der [Property and Freedom Society](#). Im Redaktionsbeirat von [eigentümlich frei](#) sitzt Hans-Hermann Hoppe, Präsident der [Property and Freedom Society](#).

Den [Hayek-Sonderpreis für exzellentes Networking](#) 2024 erhielt das [Mises Institut](#) „für den Aufbau einer liberal-libertären Vereinigung im Sinne der Österreichischen Schule, die seit 2012 nachhaltig in Veranstaltungen und Publikationen für den ‚Wert der besseren Ideen‘ wirbt.“^[12] In seiner Dankesrede äußerte sich dessen Vorsitzender Thorsten Polleit wie folgt: „Ich muss Ihnen allen hier im Raume vermutlich nicht erklären, dass unser aller Freiheit systematisch und gezielt angegriffen wird, und die Menschen, die unsere Freiheit angreifen (die sogenannte „Globale Elite“, einflussreiche internationale Institutionen und ihre Financiers, Sonderinteressengruppen wie sie etwa als Military-industrial complex bezeichnet werden oder Big Pharma, Big Banking, Big Media und dergleichen sowie die politischen Parteien, die die globalen Agenden im „Sperrfeuer“ von Leitmedien, staatlichen Bildungsinstanzen und NGOs auf nationaler Ebene

umsetzen), sie alle werden nicht aufhören, bis wir – als Ergebnis der Umsetzung dieser Agenden – vollends kontrolliert sind oder, um mit den Worten Hayeks zu sprechen, bis wir vollends „verknechtet“ sind...Ich denke heute, ohne eine Rückkehr zu christlichen Werten, zum Christentum, zu Gottes Wort, wie es in der Bibel niedergeschrieben ist, lässt sich der Kampf nicht gewinnen. Die Gewalten, die sich hinter der Unfreiheitsidee verbergen, sind zu gewaltig, als dass wir Menschen sie allein beherrschen und bezwingen könnten.“

Der [Hayek-Sonderpreis für exzellentes Networking](#) ging 2023 an das AfD-nahe Radio [KONTRAFUNK](#) mit Sitz in der Schweiz. Offizieller Gründer und Chefredakteur von Kontrafunk ist das AfD-Mitglied [Burkard Müller-Ulrich](#).^[13]

EF-Konferenz 2026 auf Usedom: Vernetzung libertärer bzw. rechter Organisationen und Medien

Auf der [neunten Konferenz](#) der Monatsschrift [eigentümlich frei](#) (EF), wo sich libertäre und rechtsgerichtete Organisationen vernetzen, übernimmt Carlos A. Gebauer, Stellv. Vorsitzender und Justiziar der Hayek-Gesellschaft sowie Vorsitzender des neu gegründeten [Javier Milei Instituts](#), die Moderation. Zu den Referenten gehören:

- [Gerd Habermann](#), Ehrenvorsitzender der Hayek-Gesellschaft
- Alexander Kissler, Redakteur bei [Nius](#)
- Markus Krall, Vorstandsvorsitzender der [Atlas-Initiative](#)
- Dirk Maxeiner, Gründungsherausgeber der [Achse des Guten](#)
- Thorsten Polleit, Präsident von [Mises Deutschland](#)
- Holger Thuß, Vorsitzender des Klimaleugner-Instituts [EIKE](#), Policy Expert des [Heartland Institute](#)^[14]

Mitglied des Redaktionsbeirats von "eigentümlich frei" ist Hans-Hermann Hoppe, Präsident und Gründer der [Property and Freedom Society](#).

Kontroversen und Austritte

Streit 2015

Im Juli 2015 sind die Vorstandsmitglieder [Karen Horn](#) und [Michael Wohlgemuth](#) sowie fünfzig weitere Mitglieder nach Auseinandersetzungen um die politische Ausrichtung aus der Gesellschaft ausgetreten.^[15] ^[16] Horn hatte u. a. in einem Artikel im "Schweizer Monat" jene Vulgärliberalen kritisiert, die sich in verantwortungsloser Vereinfachung gesellschaftlicher Fragen daran ergötzen, als Staatshasser den eigenen Beissreflex zu üben und die rechten, reaktionären Kräfte, die sich missverständlich als "wertkonservative Liberale" bezeichneten.^[17] Daraufhin hatten 26 Mitglieder - unter ihnen der frühere FDP-Politiker [Frank Schäffler](#) - in einem offenen Brief den Rücktritt von Frau Horn gefordert. Der Austritt eines großen Teils des wirtschaftsliberalen Flügels, zu dem u.a. Christian Lindner (FDP-Vorsitzender), [Michael Hüther](#) (Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)) und [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) und Leiter des [Walter Eucken Institut](#)) gehören, hat faktisch zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt. In einem Artikel für die die Neue Züricher Zeitung schilderte Peter Fischer, eines der ausgetretenen Mitglieder, die Ereignisse aus seiner Sicht und sprach von einem "Streit um Abgrenzung gegenüber Rechtskonservativen, Toleranz und zivilisierte Umgangsformen".^[18] 2016 gründeten die Ausgetretenen das Netzwerk [NOUS](#).^[19]

Streit 2017: Abgrenzung zur AfD

Im Juni 2017 sind [Günter Ederer](#) (bis dahin Kuratoriumsmitglied der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)) und Peer Ederer (bis dahin Vorstandsmitglied der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)) aus Protest gegen eine zunehmende Angleichung an [AfD](#)-Positionen aus der Hayek-Gesellschaft ausgetreten.^[20] Günter Ederer schrieb in einem Brief an die Mitglieder, der Kreis sei zu einem „Mistbeet der AfD“ verkommen. Kritisiert wurde auch, dass in den „Juniorenkreisen Politik“, an deren Organisation der Brüssler Büroleiter von [Beatrix von Storch](#) beteiligt ist, angeblich AfD-Inhalte statt Hayeks Gedanken vermittelt werden.

Streit 2021: Abgrenzung zur AfD

Der ungeklärte Umgang mit der AfD und ihren Mitgliedern hat eine Austrittswelle unter prominenten Mitgliedern der Hayek-Gesellschaft ausgelöst. Dazu gehören zwei Stellvertretende Vorstandsmitglieder (Christoph Zeitler und Frederik C. Roeder) sowie weitere langjährige Mitglieder ([Frank Schäffler](#) und Thomas Mayer). Nach Angaben des Stiftungsrats hat es in der Vergangenheit auffällige Versuche von AfD-Mitgliedern gegeben, die Mitgliedschaft in der Hayek-Gesellschaft zu erwerben. Die Stiftung werde deshalb mit sofortiger Wirkung Veranstaltungen und Projekte weder finanziell noch ideell fördern, an denen AfD-Mitglieder und oder Mitarbeiter von Partei und Fraktionen in welcher Form auch immer teilnehmen. Das nicht bindende Votum sei mit fünf zu eins Stimmen gefallen. In der Hayek-Gesellschaft selbst gibt es laut der Online-Ausgabe des Spiegel keine Mehrheit für eine klare Abgrenzung gegenüber der AfD. Der Vorstandsvorsitzende Stefan Kooths (Direktor der Abteilung für Konjunktur und Wachstum des Instituts für Weltwirtschaft) sehe die Gefahr für liberale Ideen weniger in einer großen Nähe zu Rechten, sondern eher in Angriffen von Linken. Der Vorwurf der AfD-Nähe ist nach Kooths Auffassung zu „einer politischen Kampfvokabel geworden, ähnlich der Nazikeule“. Zur Entschärfung der Debatte ist Alice Weidel, Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, am 1. Februar 2021 aus der Hayek-Gesellschaft ausgetreten.

Quellen: ^[21]^[22]^[23]^[24]

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Name	Verbindungen
Stephan Kooths (Vorsitzender des Vorstands)	<ul style="list-style-type: none"> • Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW): Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum • BSP Business and Law School: Professor für Volkswirtschaftslehre • Mittelstandsnetzwerk Internationaler Wirtschaftssenat: Präsident • CDU/CSU-Fraktion: Referent^[25] • Liberales Institut Zürich: Mitglied des Akademischen Beirats • Mont Pelerin Society: Mitglied • Javier Milei Institut: Mitgründer • FDP: Mitglied
Carlos Gebauer (Stellv. Vorsitzender und Justiziar)	<ul style="list-style-type: none"> • Kanzlei Lindenau Prior: Fachanwalt für Medizinrecht • Mindful Management Consulting GmbH/Schweiz: Gründer • Javier Milei Institut: Mitgründer und Vorsitzender • Property and Freedom Society, Referent bei den Jahrestagungen 2009 und 2014 • Liberaler Aufbruch: Gründungsmitglied • Alternative für Deutschland (AfD): Moderator bei Wahlkampfveranstaltungen^[26] • Mises Institut Deutschland: Interviewpartner • "Die Freie Welt" und "eigentümlich frei": Autor • FDP Duisburg: Stellv. Kreisvorsitzender^[27]
Thorsten Harke (Stellv. Vorsitzender)	<ul style="list-style-type: none"> • Präsident der Harke Group (Tätigkeit: Chemiehandel), die Veranstaltungen des Mises Instituts Deutschland sponsert^[28] • Verband Chemiehandel, Mitglied des Vorstands • Mindful Management Consulting GmbH/Schweiz: Experte Unternehmensführung, Chemiehandel • Die Familienunternehmer - ASU, Stellv. Vorsitzender des Regionalkreises Ruhr
Hendrik Hagedorn (Schatzmeister)	<ul style="list-style-type: none"> • Ökonom am AfD-nahen MIWI Institut für Marktintegration und Wirtschaftspolitik. Dessen Gründungsmitglieder sind „Wirtschaftsberater libertär-konservativer Parlamentsfraktionen auf Bundes- und Landesebene“. ^[29] Leiter des Instituts ist Jurij C. Kofner, Sprecher des Landesfachausschusses "Finanzen und Steuern" der AfD Bayern • Von der AfD benannter Sachverständiger bei einer Anhörung im Bayerischen Landtag^[30] und Experte beim Arbeitskreis „Wirtschaft, Energie, Digitales“ der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag.^[31]

- | | |
|---|---|
| <p>Nickolas Emrich
(Stellv.
Vorsitzender)</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Autor, Jurist, ehem. Polizist, ehem. Leiter von Franchiseunternehmen • Vorsitzender der Jungen Freien Wähler (JFW) in Berlin bei der Wahl des Abgeordnetenhauses 2021^[32] • Gastredner beim „Mittelständischen Zigarrenabend“ der Mittelstands- und Wirtschaftsunion^[33] |
| <p>Gerd Habermann
(Ehrendirektor,
langjähriger
Geschäftsführender
Vorstand)</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Die Familienunternehmer - ASU: Mitglied der Ordnungspolitischen Kommission und bis 2010 Direktor des Unternehmerinstituts (UNI) • Mises Institute Europe: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats, Ludwig von Mises Institut Deutschland: Autor • Mont Pelerin Society, Mitglied • FDP: Mitglied |

(Stand: Dezember 2025) Quelle: ^[34]

Ehemalige Vorstandsmitglieder:

- (bis 1/2021) Frederik C. Roeder: Vorstandsmitglied von "Students for Liberty" und Geschäftsführer des [Consumer Choice Center](#)
- (bis 1/2021) [Christoph Zeitler](#): Professor für Politikwissenschaften an der Evangelischen Hochschule Nürnberg, Mitglied der FDP
- Konrad Hummler: Schweizer Privatbankier, Mitglied der Schweizer FDP und bis 2013 Mitglied des Verwaltungsrats der Neuen Züricher Zeitung
- (bis 7/2015) [Karen Horn](#): Mitglied einer Vielzahl von neoliberalen Netzwerken und Denkfabriken, u. a. [Mont Pelerin Society](#) und [Open Europe Berlin](#), [Institut der deutschen Wirtschaft](#): bis Ende März 2012 Berliner Büroleiterin
- (bis 7/2015) [Michael Wohlgemuth](#): [Open Europe Berlin](#): Direktor, [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow, [Jenaer Allianz](#): Mitbegründer, [Mont Pelerin Society](#): Mitglied, [Konrad-Adenauer-Stiftung](#): Mitglied des "Ordnungspolitischen Beirats"^[35]

Aktivisten

- Ulrich Vosgerau, Privatdozent der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, Mitglied der Hayek-Gesellschaft und der CDU, der die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht vertritt, war beim Geheimtreffen von rechtssextremistischen Funktionären in Potsdam dabei.^{[36][37][38]} Auf Einladung der AfD Hamburg schilderte er das Treffen aus seiner Sicht und deutete eine Verschwörung hinter der Veröffentlichung an.^[39] Vosgerau referiert bei Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft, so beim [Forum Freiheit](#) oder als besonderer Ehrengast bei der Jahreskonferenz der Clubleiter der Hayek-Gesellschaft am 14.10.2023 in Fulda.^[40] Er ist - wie der Hayek-Gesellschaft-Vorsitzende Kooths - Dozent der [Akademie der Freiheit](#).

Mitglieder

Mitglieder können - auf Vorschlag zweier Mitglieder der Gesellschaft - namentlich Personen aus den Bereichen Wissenschaft, Unternehmerwirtschaft und Publizistik werden. Prominente Mitglieder sind/waren u. a.:

- Hans-Georg Maaßen, ehem. Präsident des Bundesverfassungsschutzes^[41]
- Ulrich Vosgerau, Jurist, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#), der u.a. den AfD-Politiker Bernd Höcke vertritt, und beim Potsdamer Treffen von Rechtsextremisten 2023 anwesend war.^{[42][43]}
- [Roland Tichy](#)^[44]
- Oliver Geers, Hörgeräte-Hersteller
- Erich Sixt, Vorstandsvorsitzender der Sixt SE
- Theo Müller, Müller-Milch
- Thomas Bentz, Melitta-Erbe
- Hans-Adam II., Fürst von Liechtenstein
- Siegfried von Hohenau, Münchner Unternehmer
- Markus Krall, ehem. Sprecher und Mitglied der Geschäftsführung der Degussa Goldhandel GmbH, Gründer der [Atlas-Initiative](#)
- Thorsten Polleit, Chefökonom der Degussa Goldhandel GmbH, Präsident des [Mises Institut Deutschland](#)
- Gunther Schnabl, Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig, Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Autor des [Mises Institut USA](#), Senior Fellow des Flossbach von Storch Research Institute
- Philip Plickert, Wirtschaftsredakteur der FAZ^[45], Mitglied des Kuratoriums von [ECONWATCH](#)
- Heike Göbel, Wirtschaftsredakteurin der FAZ^[46]

Ehemalige Mitglieder

- (bis 1/2021) [Frank Schäffler](#), FDP-Bundestagsabgeordneter, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#) sowie Mitbegründer der marktliberalen Denkfabrik [Prometheus](#)
- (bis 7/2015) [Christian Lindner](#), Bundesvorsitzender der FDP, Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- (bis 7/2015) [Otmar Issing](#), ehem. Direktoriumsmitglied [Europäischer Zentralbankrat](#)

Quelle: ^[20]

Hayek Clubs

Die [Hayek Clubs](#) sind selbständige, meist informelle private Vereine mit finanzieller Selbstverantwortlichkeit, für deren Veranstaltungen auf der Webseite der Hayek Gesellschaft geworben wird. Nicht erwähnt wird der Hayek Club Frankfurt, in dem seit 2024 die Mitgliedschaft im Club und in der AfD unvereinbar sind.^[47]

Der Hayek Verein Dresden wird von AfD-Funktionären und AfD-Mitgliedern gesteuert:

- Reinhard M. Günzel, Vorsitzender des Vereins, ist ehem. Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Dresden ^[48]

- Joachim M. Keiler, Beisitzer des Vereins, ist Stellv. Landesvorsitzender der AfD Sachsen, Stellv. Schatzmeister des AfD-Kreisverbands Dresden und Stellv. Vorstandsvorsitzender der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#)^{[49][50]}
- Heike Winter, Stellv. Vorsitzende des Vereins, war AfD-Kandidatin für die Landtagswahl Sachsen^[51]
- Norbert Mayer, Stellv. Vorsitzender des Vereins, ist Mitglied des Sächsischen Landtags (AfD)^[52]

(Stand: 12/2024)

Intransparente Finanzen

Auf der Webseite der Hayek-Gesellschaft werden keine Einzelheiten zu ihrer Finanzierung genannt. Bis 2021 finanzierte sie sich über die [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (Stifter: Edmund Radmacher, Stiftungskapital: 3 Mio. Euro), Erträgen der Inge und Edmund Radmacher Stiftung für eine Gesellschaft freier Bürger mit Sitz in Düren (Stiftungskapital: 20 Mio. Euro) und Spenden. Das Budget liegt bei 450 Tsd. Euro. Der verstorbene Stifter Radmacher hat verfügt, dass die Mittel aus der Inge und Edmund Radmacher Stiftung nur so lange fließen wie sein Vertrauter Gerd Habermann, Vorstandsvorsitzender der Stiftung und Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, in der Hayek-Stiftung das Sagen hat.

Die Hayek-Gesellschaft wird weiter von der Radmacher-Stiftung finanziert.

Quellen: ^{[20][53][54][55]}

Verbindungen

Alternative für Deutschland (AfD)

Folgende AfD-Politiker sind/waren Mitglieder in der Hayek-Gesellschaft:

- (bis 02/2021) [Alice Weidel](#), Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, stellv. AfD-Bundessprecherin
- [Beatrix von Storch](#), Stellv. Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, stellv. AfD-Bundessprecherin
- [Peter Boehringer](#), Sprecher des AfD-Bundesfachausschusses „Euro, Geld- und Finanzpolitik“, Vorsitzender im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags

Quelle: ^[20]

Joachim M. Keiler, Beisitzer des Hayek-Vereins Dresden, ist Stellv. Landesvorsitzender der AfD Sachsen, Stellv. Schatzmeister des AfD-Kreisverbands Dresden und Stellv. Vorstandsvorsitzender der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#) ^{[56][57]}

Die Familienunternehmer - ASU

Folgende Mitglieder/Funktionsträger von [Die Familienunternehmer - ASU](#) sind Mitglieder der Hayek-Gesellschaft oder mit ihr verbundenen Hayek-Stiftung:

- [Gerd Habermann](#), ordnungspolitischer Berater der Familienunternehmer, ist Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft^[58]

- Marie-Christine Ostermann (FDP), Geschäftsführende Gesellschafterin bei Rullko Großeinkauf GmbH & Co. KG, Mitglied des Strategischen Beirats der Familienunternehmer und ehem. Bundesvorsitzende der "Jungen Unternehmer" bei den Familienunternehmern, ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft
- Thomas Bentz, Gesellschafter der Melitta Unternehmensgruppe Bentz KG, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung, ist ehem. Vorsitzender der Familienunternehmer
- Volker J. Geers, Mitglied des Aufsichtsrats der Geers Hörakustik AG & Co. KG, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung, ist ehem. Präsident der Familienunternehmer
- Thorsten Harke, Präsident der Harke Group, Stellv. Vorsitzender der Hayek-Gesellschaft, ist Stellv. Vorsitzender des Regionalkreises Ruhr der Familienunternehmer

Ludwig von Mises Institute

Die rechtslibertären [Mises Institute](#) sind [anarchokapitalistisch](#) ausgerichtet. Verbindungen gibt es zu den folgenden Instituten:

Ludwig von Mises Institut Deutschland

Dem Mises Institut ist 2024 der [Hayek-Sonderpreis für exzellentes Networking](#) verliehen worden "für den Aufbau einer liberal-libertären Vereinigung im Sinne der Österreichischen Schule, die seit 2012 nachhaltig in Veranstaltungen und Publikationen für den ‚Wert der besseren Ideen‘ wirbt."^[59]

Thorsten Polleit, Präsident des deutschen Mises-Instituts, ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft und hält auf deren Veranstaltungen regelmäßig Vorträge.^{[60][61]} Der im April 2012 vom Milliardär [August von Finck](#) zum Chefökonom von Degussa Goldhandel ernannte Polleit hat im Oktober 2012 das deutsche Mises Institut gegründet, das seinen Sitz in der Residenz von Degussa Goldhandel München hatte.^[62] Weiterhin ist er Adjunct Scholar am Ludwig von Mises Institute in Auburn, Alabama.^[63] Laut „Capital“ machte sich der Trump-Fan Polleit unmittelbar nach dem Sturm auf das Capitol für den Versuch rechtsextremer Republikaner stark, die Bestätigung des Wahlsiegers Biden durch die Einrichtung einer „Sonderkommission“ zu verhindern.^[64]

Ludwig von Mises Institute-Europe

Gerd Habermann, langjähriger Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft und danach Ehrenvorsitzender, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Mises Institute-Europe und Autor des Mises Instituts Deutschland.

Atlas-Initiative

Der Hayek-Club Dresden hat 2023 Markus Krall, den Vorsitzenden der [Atlas-Initiative](#), mit der Ehrenmünze des Hayek-Clubs Dresden geehrt.^[65]

Hayek-Institut

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das österreichische [Hayek Institut](#)

Jenaer Allianz

Gerd Habermann, Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft, ist Mitglied der Jenaer Allianz, in der Lobbyorganisationen (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Die Familienunternehmer - ASU und der Bund Katholischer Unternehmer) mit Stiftungen und neoliberalen Denkfabriken kooperieren.

Liberales Institut Zürich

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das Liberale Institut Zürich^[66]

Das Atlas Network wird auf der Webseite der Hayek-Gesellschaft nicht mehr als Partner genannt (Stand: 01./2025)

Lobbystrategien und Einfluss

Umwelt/Klimaschutz

Beim Thema Klimapolitik vertritt die Hayek-Gesellschaft überwiegend die Positionen der Leugner/Skeptiker des Klimawandels. So heißt es in einem auf der eigenen Webseite veröffentlichten Positionspapier vom 23. Februar 2010 mit dem Titel "Die Klimakatastrophe findet nicht statt":

"Da die Natur das Klima bestimmt, gibt es weder einen Grund, die CO2 Emissionen zu reduzieren noch für andere Zwangsmassnahmen und steuerliche Belastungen und Regulierungen auf nationaler und globaler Ebene".^[67]

Zu den Unterzeichner gehört der wissenschaftlich umstrittene Fred Singer, der nach Einschätzung der ZEIT "Teil eines von der Industrie finanzierten Komplexes von Verbänden und Instituten (ist), der rund um Washington gewachsen ist. Eine Art Potemkinsches Dorf der Wissenschaft, bevölkert von bezahlten Experten, die den Interessen ihrer Auftraggeber dienen".^[68]

Michael Limburg, bekannter Klimaleugner, Vizepräsident des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE) sowie Mitglied der Hayek-Gesellschaft und der AfD, tritt bei Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft als Referent auf. Am 30. Oktober 2019 hielt er auf dem von der Hayek-Gesellschaft organisierten FORUM FREIHEIT 2019 einen Vortrag zum Thema „Klimasozialismus“. ^[69] Limburg war der einzige Referent zu diesem Thema; seriöse Klimawissenschaftler waren nicht geladen. Die Moderation übernahm Carlos A. Gebauer, Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, der bereits 2010 in einem bei family.fair gesendeten Interview mit Limburg als dessen Stichwortgeber fungierte.^[70] Am 23. September 2019 referierte Limburg beim Hayek-Club Berlin zum Thema: „Kann unsere Energiewende das Klima retten?“.^[71]

Zitat

Ob in der Hayek-Gesellschaft oder im breiten Diskurs der Öffentlichkeit – ich habe es nie gern gesehen, wenn Leute vor allem danach streben, sich in einem Biotop gleichgesinnter Ideologen zu bewegen, andere hart auf Linientreue zu testen und einander mit einfachen, möglichst scharfen Parolen hochzuschaukeln. Auch waren die Schriften Hayeks für mich nie eine Art Bibel, sondern schlicht ein wissenschaftliches Werk, mit dem sich zu befassen sehr lohnend ist.

Ich halte Sektiererei für unwissenschaftlich und gefährlich. Wer ihr verfällt, pflegt häufig eine Opfermentalität; Andersdenkende sieht er als hassenswerte Subjekte und Teil einer fatalen Verschwörung. Vor einem apokalyptisch gemalten Hintergrund radikalisiert er sich, wird dogmatisch, selbstgerecht, gehässig, intolerant und respektlos. Ich halte das für eine ganz und gar nicht liberale Haltung. Sie ist schlicht anmaßend. Sie ist zudem auch wenig zweckmäßig, wenn es darum gehen soll, andere für den Wert der Freiheit zu erwärmen.

[Karen Horn](#), langjährige Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft in der Begründung ihres Austritts im Juli 2015^[72]

Weiterführende Informationen

- [Hayek und die irrationale Rationalität des Neoliberalismus](#)
- [Dieter Plehwe: Javier Milei und die Hayek-Gesellschaft 17.06.2024](#)
- [Quinn Slobodian: Hayeks Erben 21.07.2021](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Hayek-Tage in Erfurt](#), hayek.de vom 9./10.2023, abgerufen am 03.09.2023
2. ↑ [Austritte aus der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), [www.erklaerung-leipzig.de](#), abgerufen am 04.05.2020
3. ↑ [Hayeks Erben](#), jacobin.de vom 21.07.2021, abgerufen am 18.09.2021
4. ↑ [Dieter Plehwe: Javier Milei und die Hayek-Gesellschaft](#), [rosalux.de](#) vom 17.06.2024, abgerufen am 28.06.2024
5. ↑ [Forum Freiheit](#), hayek.de, abgerufen am 04.09.2023
6. ↑ [Hayek-Tage 2015](#), hayek.de, abgerufen am 04.09.2023
7. ↑ [Preisabsprache](#), taz.de vom 15.06.2024
8. ↑ [Der Kettensägenmann und seine Unterstützer](#), tagesschau.de vom 21.06.2024, abgerufen am 23.06.2024
9. ↑ [Der Kettensägenmann und seine Unterstützer](#), tagesschau.de vom 21.06.2024, abgerufen am 23.06.2024
10. ↑ [Ansteckender Enthusiasmus für die Ideen der Freiheit](#), faz.de vom 22.06.2024, abgerufen am 23.06.2024
11. ↑ [Die Hayek-Gesellschaft - „Mistbeet der AfD“?](#), sueddeutsche.de vom 14.07.2017, abgerufen am 23.12.2025
12. ↑ [Hayek-Medaille für Milei. Netzwerkpreis für Ludwig von Mises Institut Deutschland](#), mises.de vom 23.06.2024, abgerufen am 20.10.2024
13. ↑ [Ein Heimatsender für die AfD](#), taz.de vom 06.02.2024, abgerufen am 17.03.2024
14. ↑ [Policy Experts](#), hearland.org, abgerufen am 17.12.2025
15. ↑ [Philipp Plickert: Liberaler Verein Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), FAZ vom 14. Juli 2015, abgerufen am 04.05.2020

16. ↑ [Karen Horn verläßt Hayek-Gesellschaft, Junge Freiheit, 14. Juli 2015](#), Webseite abgerufen am 04.05.2020
17. ↑ [Karen Horn: Auf dem rechten Auge blind? Schweizer Monat, Juli 2015](#), Webseite abgerufen am 04.05.2020
18. ↑ [Exodus aus der Hayek-Gesellschaft: Streit unter Liberalen eskaliert](#), NZZ online vom 14. Juli 2015, aufgerufen am 04.05.2020
19. ↑ [„Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie“ tagt erstmals](#), badische-zeitung.de vom 12.07.2016, abgerufen am 04.05.2020
20. ↑ [20,020,120,220,3 Die Hayek-Gesellschaft-„Mistbeet der AfD“?](#), sueddeutsche.de vom 14.07.2017, abgerufen am 04.05.2020
21. ↑ [AfD-Streit zerreißt liberale Hayek-Gesellschaft](#). spiegel.de vom 31.01.2021, abgerufen am 31.01.2021
22. ↑ [Ist Hayek mit der AfD vereinbar?](#), faz.net vom 31.01.2021
23. ↑ [Mitglieder-Rundschreiben vom 30. Januar 2021](#), hayek.de, abgerufen am 01.02.2021
24. ↑ [Alice Weidel verläſst Hayek-Gesellschaft](#), faz.de vom 01.02.2021, abgerufen am 05.08.2021
25. ↑ [Wir hören zu/Gipfel der CDU/CSU-Fraktion](#), cducsu.de, abgerufen am 17.03.2024
26. ↑ [Alternative für Deutschland Wahlkampfauftakt in Düsseldorf, eigentümlich frei, 3. September 2013](#), abgerufen am 04.05.2020
27. ↑ [GDP-Kreisverband Duisburg](#), fdp-duisburg, abgerufen am 09.02.2021
28. ↑ [Mises-Seminar 2018: Die sterreichische Schule der Nationalökonomie - von der Theorie in die Praxis](#), mises.de, abgerufen am 01.01.2022
29. ↑ [ber Uns](#), miwi-institut.de, abgerufen am 14.12.2025
30. ↑ [Anhörung im Bayerischen Landtag 20. Juni 2024](#), miwi-institut.de, abgerufen am 14.12.2025
31. ↑ [Von China bis Söder - Wirtschaftspolitische Herausforderungen für Bayern](#), miwi-institut.de, abgerufen am 14.12.2025
32. ↑ [Die überraschend junge bunte Dynamik der Freien Whler in Ost und West](#), theeuropean.de vom 15.04.2021, abgerufen am 14.12.2025
33. ↑ [Diskussion über Freiheit, Regulierung und Verantwortung](#), mit-berlin-mitte.de vom 14.10.2024, abgerufen am 14.12.205
34. ↑ [Vorstandsmitglieder der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), Webseite Hayek-Gesellschaft, abgerufen am 15.12.2025
35. ↑ [Positionen Michael Wolgemuth](#), eucken.de, aufgerufen am 04.05.2020
36. ↑ [Asta fordert Titel-Entzug von Privatdozenten](#), ksta.de vom 24.01.2024
37. ↑ [Dr. Ulrich Vosgerau](#), vosgerau.legal.de, abgerufen am 18.03.2024
38. ↑ [Wer aus der CDU beim rechtsextremen „Geheimtreffen“ dabei war - und was die Partei dazu sagt](#), rnd.de vom 12.01.2024
39. ↑ [An einem Abend voller Widersprüche sorgt ein CDU-Mann mit bizarren Thesen für Aufsehen](#), focus.de vom 01.03.2024
40. ↑ [kosozialismus](#), youtube.com, abgerufen a, 18.03.2024
41. ↑ [Hayek-Tage in Erfurt](#), hayek.de vom 9./10.2023, abgerufen am 03.09.2023
42. ↑ [Preisabsprache](#), taz.de vom 15.06.2024
43. ↑ [Rundbrief Nr. 21 im Oktober 2021](#), erasmus-stiftung.de, abgerufen am 23.06.2024
44. ↑ [Hayek-Club Berlin](#), hayek.de vom 10.06.2020, abgerufen am 04.09.2023
45. ↑ [Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), faz.net vom 14.07.2015, abgerufen am 04.05.2020
46. ↑ [Streitbare Geiser der Freiheit](#), faz.net vom 26.06.2015, abgerufen am 04.05.2020
47. ↑ [Unvereinbarkeitsbeschluss](#), hayek-frankfurt.de vom 18.11.2024, abgerufen am 25.12.2025
48. ↑ [Mein Standpunkt: Sie hat nicht nur die Fraktion verlassen](#), afd-dd.de, abgerufen am 25.12.2025

49. ↑ [Dr. Joachim Keiler](#), [desideriuserasmus-stiftung.de](#), abgerufen am 25.12.2025

50. ↑ [Vorstand](#), [hayek-verein-dresden.de](#), abgerufen am 25.12.2025

51. ↑ [Unsere Direktkandidaten für Dresden](#), [landtag.dachsen.de](#), abgerufen am 25.12.2025

52. ↑ [Norbert Mayer](#), [landtag.sachsen.de](#), abgerufen am 25.12.2025

53. ↑ [Langer Marsch von rechts](#), [afdwatchafd.wordpress.com](#) vom 18.09.2015, aufgerufen am 04.05.2020

54. ↑ [Nachruf Dr. Edmund Radmacher](#), [hayek.de](#) vom 20.05.2016, aufgerufen am 04.05.2020

55. ↑ [AfD-Streit zerreißt liberale Hayek-Gesellschaft](#), [spiegel.de](#) vom 31.01.2021, abgerufen am 27.04.2024

56. ↑ [Dr. Joachim Keiler](#), [desideriuserasmus-stiftung.de](#), abgerufen am 25.12.2025

57. ↑ [Vorstand](#), [hayek-verein-dresden.de](#), abgerufen am 25.12.2025

58. ↑ [Profil](#), [misesde.org](#), abgerufen am 04.05.2020

59. ↑ [Hayek-Medaille für Milei. Netzwerkpreis für Ludwig von Mises Institut Deutschland](#), [mises.de](#) vom 23.06.2024, abgerufen am 20.10.2024

60. ↑ [Die EZB auf den Spuren der Reichsbank](#), [youtube.com](#) vom 09.07.2020, abgerufen am 06.08.2021

61. ↑ [Hayek Tage 2025](#), [hayek.de](#), abgerufen am 17.12.2025

62. ↑ [Degussa und Antidemokratie](#), [andreaskemper.org](#) vom 05.05.2020, abgerufen am 06.08.2021

63. ↑ [Absolute Eigentumsrechte als ökologischer Imperativ](#), [misesde.](#) vom 18.11.2020, abgerufen am 06.08.2021

64. ↑ [Die deutschen Trumpisten haben nichts dazu gelernts](#), [capital.de](#) vom 06.08.2021, abgerufen am 06.08.2021

65. ↑ [Ehrenmünze für Markus Krall und Vortrag](#), [hayek.de](#) vom 16.11.2023, abgerufen am 25.10.2024

66. ↑ [Links](#), [libinst.ch](#), abgerufen am 04.05.2020

67. ↑ [Die Klimakatastrophe findet nicht statt, Webseite Hayek-Gesellschaft](#), abgerufen am 04.05.2020

68. ↑ [Die Klimakrieger. Wie von der Industrie bezahlte PR-Manager der Welt seit Jahren einreden, die Erderwärmung finde nicht statt.](#) ZEIT online vom 28. November 2012, abgerufen am 04.05.2020

69. ↑ [FORUM FREIHEIT 2019](#), [hayek.de](#), abgerufen am 04.05.2020

70. ↑ [Michael Limburg im Gespräch mit Carlos A. Gebauer über das Weltklima](#), [Gloria.tv](#) vom 24.04.2010, abgerufen am 04.05.2020

71. ↑ [Vergangene Veranstaltung](#), [hayek-berlin.de](#), abgerufen am 04.05.2020

72. ↑ [Austritte aus der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), [www.erkaerung-leipzig.de](#), abgerufen am 04.05.2020

Roman Herzog Institut

Das **Roman Herzog Institut** ist ein Think tank, bezahlt von [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) und dem [Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie](#) (vbm).

Roman Herzog Institut	
[[Bild:<date> center]]	
Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Denkfabrik der bayerischen Arbeitgeber
Gründungsdatum	<text>
Hauptsitz	Max-Joseph-Straße 580333 München
Lobbybüro	
Lobbybüro	<text>

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	103
2 Organisationsstruktur und Personal	103
2.1 Träger	103
2.2 Kooperationspartner	103
2.3 Vorstand	103
2.4 Geschäftsführer	104
2.5 Wissenschaftlicher Beirat	104
2.6 Experten	104
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	104
4 Einzelnachweise	104

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Institut entwickelt im Namen des ehem. Bundespräsidenten **Roman Herzog** Reforminitiativen aus der Sicht der bayerischen Arbeitgeber. Zu den Aktivitäten des Instituts gehören Publikationen, Veranstaltungen und eine Impulsbörse. Auf einen eigenen Verwaltungsapparat wird weitgehend verzichtet, die Organisation des Instituts bleibt hauptsächlich virtuell.

Organisationsstruktur und Personal

Träger

Träger sind:

- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) (vertritt 90 bayerische Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie 27 Einzelunternehmen)
- [Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie](#) (vbm)

Kooperationspartner

Kooperationspartner ist das arbeitgebernahe [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW)

Vorstand

Vorsitzende
r

[Randolf Rodenstock](#)

- Rodenstock GmbH, Vorsitzender des Aufsichtsrats
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#), ehem. Präsident
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), Botschafter

Wolfram Hatz

- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw), Präsident

(Stand: Februar 2023) Quelle: ^[1]

Geschäftsführer

Geschäftsführer ist Bertram Brossardt, Geschäftsführer der [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#)

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Experten

Die Experten sind [hier](#) abrufbar.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. [↑] [Der Vorstand](#), romanherzoginstitut.de, abgerufen am 04.03.2023